



Nr. 291 | 24.11.2023

Ukraine-Analysen

Der Globale Süden und der Krieg

■ ANALYSE	
Der Blick aus dem Süden: Lateinamerikanische Perspektiven auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine	2
Jochen Kleinschmidt (TU Dresden)	
■ ANALYSE	
Russlands Krieg gegen die Ukraine und Afrika: Warum die Afrikanische Union zwar ambitioniert, aber gespalten ist	6
Ueli Staeger (Universität Genf)	
■ ANALYSE	
Eine Kritik der zivilisatorischen Kriegsdiplomatie der Ukraine im Globalen Süden	10
Chelsea Nguyen	
■ UMFRAGEN	
Umfragedaten: Der Globale Süden und Russlands Krieg gegen die Ukraine	18
■ DOKUMENTATION	
Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen	27
<hr/>	
■ CHRONIK	
16. – 27. Oktober 2023	34

Der Blick aus dem Süden: Lateinamerikanische Perspektiven auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine

Jochen Kleinschmidt (TU Dresden)

DOI: 10.31205/UA.291.01

Zusammenfassung

Die Positionierung einiger Präsidenten Lateinamerikas zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat gravierende Fragen hinsichtlich ihrer außenpolitischen Orientierung aufgeworfen. In diesem Beitrag soll dargestellt werden, dass die Ursachen dieser Haltung eher in den aktuellen innenpolitischen Krisen lateinamerikanischer Länder zu suchen sind.

Außenpolitische Reorientierung?

Bereits existierende Befürchtungen über die außenpolitische Orientierung der lateinamerikanischen Länder haben im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine an Virulenz gewonnen. Einige der Staatsoberhäupter der Region äußerten sich dabei in manchmal geradezu bizarrer Weise, die darauf angelegt schien, Kontroversen und Missstimmungen mit westlichen Ländern hervorzurufen. Bei autoritär regierten Ländern der Region wie Nicaragua oder Venezuela war dies zu erwarten gewesen; einige stimmten etwa in der UN-Generalversammlung russlandfreundlich ab. Überraschend war jedoch für viele Beobachter:innen die Vehemenz, mit der demokratische Politiker wie der brasilianische Präsident Lula da Silva oder der kolumbianische Präsident Gustavo Petro in einigen Aspekten die russische Rhetorik zu übernehmen schienen. Ähnliches traf auf den mexikanischen Staatschef López Obrador zu.

Während ihre offiziellen Repräsentanten in der UN-Generalversammlung bei den wichtigsten Resolutionen meist mit der übergroßen Mehrheit ihrer Mitglieder die Invasion verurteilten, erweckten manche Statements der Präsidenten den Eindruck, sie würden sich zumindest rhetorisch auf die Seite Russlands schlagen. Lulas Aussagen zum angeblichen Desinteresse westlicher Länder an einer Friedenslösung und seine zynische Aufforderung an die Ukraine, doch eine Verhandlungslösung anzustreben, führten zu Applaus seitens des russischen Außenministers und zu harscher Kritik aus den USA. Noch ignoranter muteten die Äußerungen seines Beraters Celso Amorim an, der eine denkbare Niederlage Russlands mit den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags gleichsetzte, den er wiederum für die Aggression Nazideutschlands verantwortlich machte.

Bisherige Versuche, die lateinamerikanische Kriegsdiplomatie zu erklären

Zahlreiche Erklärungsversuche von wissenschaftlichen Expert:innen für lateinamerikanische Politik führten meist ins Leere. Weder besitzen die meisten lateiname-

rikanischen Länder, wie häufig behauptet wird, eine lange Tradition der Neutralität. Ganz im Gegenteil: ihre Mehrheit ist über den Rio-Pakt sicherheitspolitisch bei den USA rückversichert. Noch sind die wirtschaftlichen Verbindungen der Region mit Russland von außerordentlicher Bedeutung. Die häufig angeführte Bedeutung der russischen Düngemittelexporte in die Agrarstaaten des *Cono Sur* ist ebenfalls nur eine scheinbar plausible Begründung, schließlich könnte Russland es sich kaum leisten, diese einfach einzustellen. Die Düngemittelexporte wären zudem von den aktuellen Sanktionsmaßnahmen nicht betroffen, da diese den Nahrungsmittelsektor ausdrücklich ausnehmen. Andere wirtschaftliche Motive sind nicht erkennbar, zumal auch nicht klar wird, wie skandalöse Äußerungen lateinamerikanischer Politiker:innen zu einem Ende der Sanktionsmaßnahmen beitragen könnten. Die durch den Krieg ausgelösten erhöhten Rohstoffpreise sind für manche Länder in der Region eher vorteilhaft.

Paradox erscheint das Argument, es gäbe in Lateinamerika eben Verständnis für die Empfindlichkeit Russlands bei Verletzungen seiner legitimen Einflussphäre in der Ukraine. Schließlich ist der Widerwille und zumindest rhetorischer Widerstand gegen die geopolitischen Kontrollansprüche der USA wie auch anderer historischer Großmächte gewissermaßen die normative Grundlage der autonomistischen Außenpolitiktraditionen, mit denen sich die lateinamerikanischen Außenpolitiker:innen, zumal solche progressiver Orientierung, auch heute noch identifizieren. Es stimmt aber auch, dass rechte und rechtsextreme Präsidenten, wie etwa Lulas Vorgänger Bolsonaro oder der salvadorianische Machthaber Najib Bukele, offen mit der russischen Position sympathisierten. Eine sich aus dem Links-Rechts-Spektrum ergebende ideologische Motivation – etwa von Sympathien aus Zeiten des Kalten Kriegs herrührend – ist demnach auszuschließen. Denn einer der wenigen lateinamerikanischen Staatschefs, der klar für die Ukraine Stellung bezog, war der chilenische Sozialist Gabriel Boric.

Die russische Informationskriegsführung hingegen kann als Einflussfaktor nicht ausgeschlossen werden. Der Fernsehkanal RT ist in Lateinamerika im Gegensatz zu seinen europäischen Pendanten nicht von vornherein als krudes Produkt rechtsextremer Verschwörungstheoretiker zu betrachten. Er bietet gerade in seiner Berichterstattung über demokratische Missstände zunächst recht plausible Informationen von qualifizierten Journalist:innen, die in den politisch oder kommerziell beeinflussten regionalen und nationalen Sendern Lateinamerikas sonst oft fehlen, und es treten häufig prominente Medienpersönlichkeiten auf. Damit könnte natürlich auch für die strategischen Propagandabotschaften zu den russischen Kriegen in der Ukraine und in Syrien Plausibilität erzeugt werden. An Reichweite stechen RT und Sputnik ihre spanischsprachige Konkurrenz der amerikanischen Sender CNN oder Voice of America zumindest auf Plattformen wie YouTube oder Facebook deutlich aus.

Gegen eine solche kausale Rolle der strategischen Kommunikation Russlands spricht allerdings, dass die öffentliche Meinung in lateinamerikanischen Ländern keineswegs besonders USA-kritisch oder besonders russlandfreundlich ist. Tatsächlich zeigen in dieser Hinsicht verschiedene Meinungsumfragen der letzten Monate eine recht klare Tendenz: Russland ist in Lateinamerika eines der unbeliebtesten Länder, und es ist durch den Krieg gegen die Ukraine weitaus unbeliebter geworden. Laut einer Gallup-Umfrage vom April 2023 (<https://news.gallup.com/poll/474596/russia-suffers-global-rebuke-invasion.aspx>) war der Prestigeverlust Russlands in Lateinamerika sogar von allen Weltregionen am bedeutendsten. Zuvor genoss Russland etwas mehr positive als negative Einschätzungen, dieses Muster hob sich aber nicht von anderen Regionen des Globalen Südens ab. Nach einer anderen Umfrage von *LatinoBarómetro* vom März 2022 (<https://www.infobae.com/en/2022/03/28/study-reveals-that-russia-and-china-are-the-countries-with-the-worst-image-among-latin-americans/>) war die Beliebtheit Russlands in allen zehn befragten Ländern der Region niedriger als die der Länder China, Deutschland und USA. In Brasilien sympathisierten gar nur vier Prozent der Befragten mit Russland.

Eine Umfrage vom August 2023 (<https://globescan.com/2023/10/18/seven-in-ten-people-want-their-governments-to-support-ukraine/>), die gemeinsam von *GlobeScan* und dem ukrainischen Umfrageinstitut *Democratic Initiatives Foundation* durchgeführt wurde, ergab für Lateinamerika niedrigere Unterstützungswerte für die Ukraine. Mit der Ausnahme von Mexiko sprach sich jedoch immer noch eine Mehrheit für eine Unterstützung der Ukraine aus. Hier mögen sowohl Befürchtungen um wirtschaftliche Auswirkungen

als auch die Einsicht eine Rolle gespielt haben, dass es den Ländern schlicht an Möglichkeiten ermangelt, die Ukraine wirksam zu unterstützen. Denn von den lateinamerikanischen Streitkräften verfügen lediglich Brasilien, Chile sowie in geringerem Maße Kolumbien über Gerät, das in der Ukraine sinnvoll eingesetzt werden könnte. In Brasilien hingegen lag der Anteil der Befürworter:innen einer Unterstützung der Ukraine allerdings bei 67 Prozent. Die überraschenden Positionierungen von Lula und anderen Staatsoberhäuptern verwundern demnach umso mehr, wenn man sich dieses russland-skeptische Meinungsbild vor Augen führt.

Vorstellungen, die russlandfreundliche Rhetorik sei eben Ausdruck einer im Werden begriffenen und oft anhand der BRICS imaginierten »multipolaren« Welt gehören ebenso ins Reich der Fantasie verwiesen wie die russlandfreundliche Meinung lateinamerikanischer Öffentlichkeiten. Denn die Verwendung des Begriffs »multipolare Welt« stammt aus der russischen Regierungskommunikation, sie entspricht keineswegs der »Multipolarität« als politikwissenschaftlichem Fachbegriff. Tatsächlich sind die BRICS bis auf die mit ihnen verbundene Entwicklungsbank kaum institutionalisiert, und jene Entwicklungsbank setzt tatsächlich die gegen Russland verhängten Finanzsanktionen um. Die BRICS scheinen also bislang keineswegs Ausdruck einer strukturellen Machtverschiebung zu sein. Die tatsächlich beobachtbare und über die Verlagerung von Handelsströmen auch in Lateinamerika relevante Gewichtsverlagerung findet zugunsten Chinas statt, keineswegs aber zugunsten Russlands, und stellt daher auch keine plausible Ursache für prorussische Rhetorik dar.

Statusdispute und »soft balancing«

Überzeugender könnten hingegen solche Überlegungen sein, die auf Statusdispute verweisen, die durch Russlands Krieg verschärft wurden. In der Tat ist es denkbar, dass das Leid der ukrainischen Bevölkerung andere Katastrophen wie die Massenflucht aus dem nach wie vor autokratisch regierten Venezuela, die zahlreichen Toten durch Bandenkriege, die durch die internationale Drogenprohibition mit verursacht wurden, oder zu erwartende schwerwiegende Auswirkungen des Klimawandels auf die Länder Lateinamerikas in der weltpolitischen Problemhierarchie nach unten rücken lässt. Hinzu kommt erschwerend, dass im lateinamerikanischen Expertendiskurs wie auch in politischen und medialen Debatten der genozidale Angriffskrieg Russlands häufig mit anderen, in Lateinamerika anzutreffenden Gewaltkonflikten wie etwa den Grenzkonflikten zwischen Ecuador und Peru gleichgesetzt wird. Daraus wird geschlussfolgert, dass die in Lateinamerika etablierten intergouvernementalen Konsultationsmechanismen erfolgversprechend auch zwischen Russland und der

Ukraine angewendet werden könnten. Vor einem solchen Hintergrund erscheinen dann auch Lulas Äußerungen zumindest teilweise erklärbar.

Dass derartige Gleichsetzungen allerdings in den jeweiligen Ländern keinen größeren Widerspruch hervorrufen, demonstriert eine problematische Tendenz im Elitendiskurs Lateinamerikas: Die Staaten grenzen sich instinktiv gegen die in westlichen Ländern dominierende Position ab, was in der Literatur denn auch als Mechanismus zur Bewältigung innerstaatlicher Legitimitätsdefizite gedeutet wird. Dies könnte auch das Auseinanderfallen von öffentlicher Meinung und politischer Rhetorik plausibel machen. Dementsprechend finden in der westlichen Fachgemeinschaft weithin kritisierte Mindermeinungen wie die Russland exkulpierten Aussagen von John J. Mearsheimer in Lateinamerika ein dankbares Publikum. Russische Medien wie RT verstärken diesen Effekt natürlich noch. Die Attraktivität derartiger Dissidenz, die wie auch schon bei den Bemerkungen von Lula, Petro und anderen bisweilen an Verschwörungstheorien erinnert, wird vielleicht noch dadurch verstärkt, dass die Ukraine eigentlich vor der aktuellen Phase des Krieges in ökonomischer, politischer, und kultureller Hinsicht eine vielen lateinamerikanischen Ländern nicht unähnliche subalterne Position einnahm. Volodymyr Ishchenko zufolge »machen De-Modernisierung und Peripherisierung die Ukraine vielleicht zum besten Kandidaten für den Titel des nördlichsten Landes des Globalen Südens« (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/256/die-ukraine-im-teufelskreis-der-post-sowjetischen-hegemonie-krise/>).

Die Performanz der Ukraine im Sinne des erfolgreichen militärischen Widerstands gegen ein allgemein als Großmacht angesehenes Land, aber auch die schnelle Formierung politischer Bündnisse mit USA, NATO und EU inklusive der Erlangung des Kandidatenstatus in der EU, sowie die Erlangung medialer und intellektueller Zentralität erscheint deswegen erstaunlich. Die Ukraine hält den lateinamerikanischen Eliten gewissermaßen einen Spiegel vor: Diese zeigten sich als unfähig, eine ähnliche politische Gewichtung und diskursive Zentralität auch für ihre eigenen Länder zu erlangen oder diese zumindest mit ähnlicher Vehemenz einzufordern. Ihnen gelang es somit nicht, aus ihrem subalternen Status auszubrechen. Wie bei so vielen außenpolitischen Manövern lateinamerikanischer Länder dürfte hier das

sogenannte »soft balancing« eine Rolle spielen. Dieser Begriff bezeichnet den Versuch, eigene Politikziele zu erreichen, indem die Strategien anderer, gewichtigerer Akteure rhetorisch delegitimiert werden. Dabei dürfte es den Eliten Lateinamerikas – gleich welcher Ideologie sie ansonsten anhängen – in diesem Fall besonders um ihre eigene Legitimität gehen.

Was tun?

Wie sollen nun westliche Länder und die Ukraine selbst mit diesen rhetorischen Ausfällen lateinamerikanischer Präsidenten umgehen? In jedem Fall erscheinen Überreaktionen als wenig wünschenswert; bei UN-Abstimmungen über den Krieg haben sich fast alle lateinamerikanischen Länder als verantwortungsbewusst erwiesen, und strukturelle Faktoren wie das Ende des schnellen Wachstums in China verhindern eine militant antiwestliche Außenpolitik. Andererseits sollte der Westen rhetorisch dagegenhalten, denn auch die heimischen Bevölkerungen müssen davon überzeugt werden, dass die Unterstützung der Ukraine weiterhin notwendig ist. Darüber hinaus sollte verstärkt versucht werden, die Bedeutung des ukrainischen Verteidigungskampfes über neue Kanäle zu kommunizieren. So könnte die ukrainische Diaspora in Lateinamerika, die vor allem im brasilianischen Bundesstaat Paraná, aber auch in Argentinien und Paraguay ansässig ist, dabei unterstützen, mehr Verständnis für die Situation der Ukraine zu fördern.

Darüber hinaus wird es notwendig sein, gerade in die oben beschriebenen Elitendiskurse in Lateinamerika hineinzuwirken, und zwar insbesondere mit Stimmen aus der Ukraine selbst. Letztlich sind die in Lateinamerika zu beobachtenden Defizite ja lediglich eine durch die dortigen Umstände verschärfte Variante der problematischen Unwissenheit zahlreicher westlicher Öffentlichkeiten über die Geschichte der Ukraine und ihrer schwierigen Emanzipation von der Kolonisierung durch Russland. Eine wichtige Aufgabe von Think Tanks und politischen Stiftungen westlicher Länder könnte es sein, die notwendigen Mittel und die Infrastruktur bereitzustellen. In der Ukraine selbst sind keine Mittel und auch nicht die notwendige Erfahrung vorhanden, um Lateinamerika gezielt anzusprechen. Gerade im Sinne einer Neuorientierung der intellektuellen Interpretation Osteuropas würden sich diese Maßnahmen aber langfristig auch für westliche Länder selbst auszahlen.

Über den Autor

Dr. Jochen Kleinschmidt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik der TU Dresden.

Lesetipps

- Baker, A., und Cupery, D. 2013. "Anti-Americanism in Latin America: Economic exchange, foreign policy legacies, and mass attitudes toward the colossus of the North." *Latin American Research Review* 48 (2): S. 106–130.

- Etkind, A. 2022. "Ukraine, Russia, and Genocide of Minor Differences." Online first, *Journal of Genocide Studies*, <https://doi.org/10.1080/14623528.2022.2082911>.
- Fletes, D., and Castro, R. 2016. "Institutional Contestation: Colombia in the Pacific Alliance." *Bulletin of Latin American Research* 35 (1): S. 78–92.
- Fuentes, A. 2022. "The Russian War in Ukraine: An Interview with Arlene B. Tickner." *Security in Context*, 17. Juli, <https://www.securityincontext.com/posts/ukraine-russia-arlene-b-tickner>.
- GlobeScan. 2023. "Seven in Ten People Across the World Want Their Governments to Support Ukraine." 18. Oktober, <https://globescan.com/2023/10/18/seven-in-ten-people-want-their-governments-to-support-ukraine/>.
- Infobae. "Study reveals that Russia and China are the countries with the worst image among Latin Americans." 28. März, <https://www.infobae.com/en/2022/03/28/study-reveals-that-russia-and-china-are-the-countries-with-the-worst-image-among-latin-americans/>.
- Kleinschmidt, J. 2022. "Back to the Backyard? Recent International Relations Scholarship on Extra-Hemispheric Actors' Involvement in Latin America." *Iberoamericana* 22 (80): S. 245–259.
- Kleinschmidt, J. and Palma, O. 2020. "The conceptual puzzle of violent non-state actors in Latin America: a critique of the convergence hypothesis." *Small Wars & Insurgencies* 31 (6): S. 1323–1348.
- Korablyova, V. 2022. "Russia vs. Ukraine: A Subaltern Empire Against the 'Populism of Hope'." *Studia Territorialia* 22 (2): S. 39–60.
- Kurylo, B. 2023. "The Ukrainian subject, hierarchies of knowledge production and the everyday: An autoethnographic narrative." Online first, *Journal of International Relations and Development*, <https://doi.org/10.1057/s41268-023-00310-5>.
- Mearsheimer, J. J. 2014. "Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault: The Liberal Delusions That Provoked Putin." *Foreign Affairs* 93 (5): S. 77–84.
- Mijares, V. 2022. "The War in Ukraine and Latin America: Reluctant Support." *GIGA Focus Latin America*, <https://doi.org/10.57671/gfla-22022>.
- Ritter, Z., and Crabtree, S. 2023. "Russia Suffers Global Rebuke After Invasion." Gallup, 25. April, <https://news.gallup.com/poll/474596/russia-suffers-global-rebuke-invasion.aspx>.
- Rouvinski, V. 2022. "The Misleading Truths of Russia's Strategic Communication in Latin America." *Global Security Review* 2 (1): S. 13–16.
- Sugarman, J. 2023. "Why Latin America Will Stay Nonaligned." *Foreign Policy*, 24. März, <https://foreignpolicy.com/2023/03/24/argentina-fernandez-russia-ukraine-war-brazil-lula-nonalignment/>.
- Tokatlián, J. G. 2023. "Why Latin America Still Deserves a Role on Ukraine." *Americas Quarterly*, 12. Juli, <https://www.americasquarterly.org/article/why-latin-america-still-deserves-a-role-on-ukraine/>.
- Vakarchuk, K. V. 2022. "The Role of the Ukrainian Diaspora of Latin American Countries in the Russian-Ukrainian War." <https://doi.org/10.30525/978-9934-26-236-4-14>.

Russlands Krieg gegen die Ukraine und Afrika: Warum die Afrikanische Union zwar ambitioniert, aber gespalten ist

Ueli Staeger (Universität Genf)

DOI: 10.31205/UA.291.02

Zusammenfassung

Die gesplattene Stimme Afrikas hinsichtlich Russlands Krieg gegen die Ukraine hat überrascht. Diese Analyse beleuchtet die Rolle der Afrikanischen Union (AU). Sie hebt zwei Hauptquellen der Spaltung innerhalb dieser Kontinentalorganisation hervor: Unterschiede in konkreten Positionen zu internationalen Fragen und die Delegation von Befugnissen an die AU-Kommission. Afrikas »aktive Blockfreiheit« im Verlauf von Russlands Krieg gegen die Ukraine, historisch informiert durch die politische Prägung Afrikas im Kalten Krieg, führte zu einem Versuch der Äquidistanz zu Russland und dem Westen. Diese komplexe Politik hat Auswirkungen auf die Diplomatie der AU während des Krieges und beeinflusst auch die Diplomatie der Ukraine im Globalen Süden.

Afrikas überraschende Rolle

Die globalen Auswirkungen von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine haben die afrikanischen Staaten in ihrem Ausmaß überrascht. Afrikas Bürger:innen wurden sich der unbequemen Tatsache bewusst, dass ihre Länder, ihre Volkswirtschaften und ihre Lebensmittelsysteme häufig von Importen aus der Ukraine und Russland abhängen. Hinzu kommen die politischen Auswirkungen darauf, wie globale Mächte über Werte wie nationale Souveränität und Selbstbestimmung denken. Dies ist insbesondere für Afrika ein wichtiges Thema, das weiterhin mit den Spätfolgen der Kolonialisierung kämpft. Die Leitfrage dieser Analyse ist, wie sich die Reaktionen und die Strategien Afrikas in Bezug auf den Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 erklären lassen. Der Fokus der Analyse liegt sowohl auf den tatsächlich erfolgten Reaktionen als auch auf den ausgebliebenen Reaktionen, die wiederum durch die großen Meinungsunterschiede auf dem Kontinent zu erklären sind.

Außenpolitische Strategien und kontinentale Verantwortlichkeiten: Afrika ist gespalten

Afrika strebt als Kontinent mehr Mitsprache auf der Weltbühne an. Jenseits dieses Grundprinzips sehen sich afrikanische Staaten mit maßgeblichen Meinungsunterschieden konfrontiert. Ihre kontinentale Regionalorganisation, die Afrikanische Union (AU), welche alle 55 afrikanischen Staaten umfasst, ist Projektionsfläche und Austragungsort großer Meinungsunterschiede innerhalb dieses Kontinents, in dem sich Staaten mit teils grundverschiedenen innen- und außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert sehen. Innerhalb der AU wirken sich diese vor allem in zwei Aspekten aus: Die Haltung zu bestimmten Themen sowie das Ausmaß der Übertragung von Kompetenzen an die Kommission der AU, die Exekutive der Organisation.

Angesichts dieser zwei Quellen des Zwiespalts ist der minimale Konsensus, der innerhalb der AU zu außenpolitischen Fragen erzielt werden kann, oft die Äquidistanz zu verschiedenen Großmächten. Diese Haltung, die tief in der Geschichte des Kontinents verwurzelt ist, kann mit dem Begriff »aktive Blockfreiheit« bezeichnet werden (<https://www.accord.org.za/analysis/africas-peace-mission-to-ukraine-russia-towards-a-strategy-of-active-non-alignment/>): Afrikas derzeitige Staatsoberhäupter sind fast ausnahmslos im Kalten Krieg politisch sozialisiert worden und assoziieren die Strategie der »Blockfreien Staaten« (»Non-Aligned Movement«) mit Afrikas zumeist relativ unabhängigen und recht erfolgreichen Ansatz, mit beiden Blöcken des Kalten Kriegs pragmatische Beziehungen zu pflegen. Im Zuge von Russlands Krieg gegen die Ukraine hat diese aktive Blockfreiheit zu einer deutlich weniger kritischen Haltung gegenüber Russland geführt, was in vielen westlichen Ländern Frustration hervorrief.

Wie aber Afrikas Äquidistanz zu Russland, den USA und Europa umgesetzt werden soll, erzeugt weiteren Dissens. Afrikanische Staaten sind sich zunehmend uneinig, ob die AU eine supranationale Organisation mit starker Kommission sein soll, oder eher – wie es viele größere afrikanische Staaten wünschen – eine intergouvernementale Organisation mit einer Kommission, die sich auf Sekretariatsaufgaben beschränkt. Dieses Spannungsfeld ist auch für die Ukraine-Diplomatie der AU maßgeblich entscheidend: Wer hat ein Mandat, für Afrika zu sprechen?

Afrikanische Krisendiplomatie und Problembewältigung

Russlands Krieg gegen die Ukraine stellt nicht nur für die europäische Sicherheit, sondern auch für die afrikanische Diplomatie einen Wendepunkt dar. Der Krieg ist

nämlich die erste internationale Krise außerhalb Afrikas seit zwei Jahrzehnten, mit der sich die AU befasst hat. Seit 2003 – während der US-amerikanischen Invasion des Iraks – hat die AU nicht mehr zu einer internationalen Krise außerhalb Afrikas Stellung bezogen. Ein solches Engagement in der hochrangigen außerafrikanischen Diplomatie ist neu für eine Organisation, die sich traditionell auf innerafrikanische Bedrohungen und Krisen konzentriert. Im Friedens- und Sicherheitsrat (Peace and Security Council, PSC) der AU gibt es keine institutionalisierte Praxis, zu nichtafrikanischen Sicherheitsfragen Stellung zu nehmen. Die Bedeutung der Führungsrolle der AU, die eine afrikanische Stimme der Deeskalation und der Blockfreiheit in einer drohenden außerafrikanischen Krise vertritt, kann daher gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Führung der AU war eine der ersten afrikanischen Stimmen, die Diplomatie zu Russlands Aggression gegen die Ukraine betrieb. Die AU tat dies als Tandem mit dem Vorsitzenden der AU, dem senegalesischen Präsidenten Macky Sall, und dem Vorsitzenden der AU-Kommission, Moussa Faki Mahamat. In ihrer ersten Erklärung am 24. Februar 2022 forderten sie »die Russische Föderation und alle anderen regionalen oder internationalen Akteure auf, das Völkerrecht, die territoriale Integrität und die nationale Souveränität der Ukraine unbedingt zu respektieren« (<https://au.int/en/pressreleases/20220224/african-union-situation-ukraine>). Eine weitere Erklärung von Moussa Faki Mahamat konzentrierte sich auf die Behandlung von AU-Bürger:innen in der Ukraine, die bei der Einreise in die EU auf Hindernisse stießen, die ukrainische Bürger:innen hingegen nicht zu überwinden hatten.

Auf Druck größerer Mitgliedsstaaten konnte später einer solchen öffentlichkeitswirksamen Haltung immer weniger Platz eingeräumt werden, die doch maßgeblich den westlichen Positionen entsprach und gleichzeitig der AU-Kommission ein großes Gewicht zuschrieb. Die Idee einer aktiven Blockfreiheit gegenüber den Kriegsparteien hat sich zunehmend durchgesetzt. Eine geplante Reise Macky Salls und Moussa Faki Mahamats nach Russland und in die Ukraine für Gespräche auf höchster politischer Ebene wurde zu einer Krise für die Wahrnehmung der AU im Westen. Die Reise in die Ukraine wurde nach einem vielbeachteten Treffen mit Präsident Wladimir Putin (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/68564>) abgesagt. Der formale Grund für die Absage konnte nicht über die große Einseitigkeit der AU-Mission in die Region hinwegtäuschen. Zentrales Thema der Diskussionen in Sotschi waren die Nahrungssicherheit Afrikas, die sowohl die AU-Führung als auch Präsident Putin fälschlicherweise aufgrund von nichtexistenten direkten westlichen Sanktionen gegen Getreide und Düngemittel gefährdet sahen. In Afrika

hat die Ablehnung westlicher Sanktionen Tradition und stützt sich mitunter auf die bereits jahrzehntealten Rufe, internationale Sanktionen gegen Simbabwe aufzuheben, welche regelmäßig erneuert werden (<https://au.int/en/pressreleases/20231025/auc-chairpersons-call-lift-all-sanctions-zimbabwe>). Mitunter aufgrund eines faktisch falschen Verständnisses der westlichen Sanktionen gegen Russland zog diese Russland-Reise der AU-Führung zahlreiche diplomatische (und undiplomatische) Reaktionen des Westens nach sich.

Aufgrund des mangelnden Konsensus innerhalb der AU hat sich eine recht unerwartete Koalition afrikanischer Staaten zur »African Peace Initiative« zusammengetan. Ägypten, die Republik Kongo (Brazzaville), Uganda, Sambia und die Komoren zeigten bei Besuchen in Kyjiw und Moskau eine deutlich ausgeglichene afrikanische Position auf. Allerdings hat die Initiative abgesehen von der Teilnahme des AU-Vorsitzenden 2023, dem Präsidenten der Komoren Azali Assoumani, keinen Bezug genommen zu den Vorschlägen und Positionen der AU (<https://issafrica.org/iss-today/africas-ukraine-russia-mediation-needed-a-clearer-au-footprint>) und sah von einer Einladung der AU-Kommission ab. Hier wird deutlich, dass afrikanische Staaten die Kontrolle über ihre Russland-Ukraine-Politik behalten möchten und dass sich der mangelnde Konsensus auf kontinentaler Ebene letztlich in einer gelähmten AU niederschlägt.

Ukrainische Diplomatie in Afrika: Aufholarbeit unter herausfordernden Umständen

Damit stellt sich die Frage, welche Diplomatie die Ukraine in Afrika auf bilateraler Ebene betreibt. Historisch bedingt hat die Ukraine zwar wichtige Beiträge zu den Beziehungen der UdSSR mit Afrika geleistet, deren Früchte in den 1990er-Jahren aber letztlich Russlands diplomatischem Netzwerk zugutekamen. Langfristige Beziehungen und die diplomatische Infrastruktur, die die Ukraine benötigt, um ihren Argumenten Gehör zu verschaffen, waren zu Beginn des Krieges kaum vorhanden. Das Land unterhält lediglich zehn Botschaften auf dem afrikanischen Kontinent, Moskau hingegen 43. Seit der Unabhängigkeit hat sich die ukrainische Politik auf Europa und Russland konzentriert. Die Folgen dieser an sich nachvollziehbaren Strategie ist ein Mangel an belastbaren Beziehungen und gutem Willen im Globalen Süden.

Die ukrainische Außenpolitik hat diesen Rückstand mit Nachdruck aufgeholt. Nebst der Ernennung eines Sondergesandten für den Nahen Osten und Afrika hat der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba mehr als ein Dutzend afrikanische Länder und die AU besucht und dabei die Bedeutung seines Landes für die weltweite Ernährungssicherheit, Möglichkeiten für eine künftige

Zusammenarbeit und die Bereitschaft, eine stärkere Vertretung Afrikas in internationalen Gremien zu unterstützen (<https://mfa.gov.ua/en/news/address-minister-foreign-affairs-ukraine-dmytro-kuleba-africa-day-2023>), hervorgehoben. Mittelfristig sollen auch zehn neue Botschaften auf dem Kontinent eröffnet werden (<https://foreignpolicy.com/2023/05/17/ukraine-diplomatic-offensive-global-south-war-russia/>). Die ukrainische Außenpolitik hat folgerichtig ein Narrativ entwickelt, dass die Ukraine »zurück in Afrika« sei.

Russlands Diplomatie ist stark zwischenstaatlich aufgestellt und hinterlässt bei der AU nur wenig Spuren. Dies betrifft auch die Wagner-Gruppe, deren Aktivitäten laut des *Council on Foreign Relations* in einem halben Dutzend afrikanischer Länder zur Destabilisierung, alternativen Sicherheitspartnerschaften und größerem russischen Einfluss geführt haben (<https://www.cfr.org/in-brief/what-russias-wagner-group-doing-africa>). Russische Charme-Offensiven gegenüber der AU waren wenig glaubwürdig auf Afrikas Wohl ausgerichtet, und die russische Diplomatie hat gegenüber der AU selbst nur wenig diplomatisches Gewicht.

Angesichts der jahrzehntlang gepflegten Beziehungen Russlands mit afrikanischen Staaten wäre es unrealistisch zu erwarten, dass die ukrainische diplomatische Charmeoffensive kurzfristig neue Stimmen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen oder in anderen Gremien generieren wird. Trotzdem ist es wichtig, die vernachlässigten ukrainischen Beziehungen mit Afrika nun langfristig, glaubwürdig und partnerschaftlich wieder aufzubauen.

Lösungsansätze für afrikanische Ernährungssicherheit

Angesichts der erneuten Großmacht Konkurrenz und der Auswirkungen des Krieges auf Afrika sind die AU und viele ihrer Mitgliedstaaten von der grundsätzlichen Priorisierung der Blockfreiheit dazu übergegangen, eine lösungsorientierte Diplomatie zu verfolgen. Die Bewältigung der ernährungsbedingten und humanitären Folgen des Krieges ist zum kleinsten gemeinsamen Nenner der AU-Staaten geworden. Das AU-Thema für 2022 »Stärkung der Widerstandsfähigkeit im Bereich der Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit auf dem afrikanischen Kontinent« wurde ungewollt sehr aktuell und zeitgemäß. Die AU zeigte sich nun umso mehr bemüht, einen entpolitisierten Raum für politische Ergebnisse jenseits geopolitischer Ausrichtung im Hinblick auf den Krieg und die Politik der Großmächte zu schaffen. Der ghanaische Präsident Nana Akufo-Addo brachte dieses Gefühl gut auf den Punkt, als er vor der UN-Generalversammlung argumentierte, dass »jede Kugel, jede Bombe, jede Granate, die ein Ziel in der Ukraine trifft, auch unsere Taschen und unsere Wirtschaft in Afrika trifft«

(<https://presidency.gov.gh/index.php/briefing-room/speeches/2285-address-by-president-akufo-addo-at-the-77th-session-of-the-united-nations-general-assembly>).

Obschon der AU keine Rolle bei der Aushandlung und Umsetzung der *Black Sea Grain Initiative* zufiel, hat die AU-Führung dennoch diskursiv dazu beigetragen, dass dieser Problematik die gebührenden Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Rund um Macky Salls Aufruf zum Handeln in Sotschi forderten viele Länder aus aller Welt öffentlich eine bessere Ernährungssicherheit in Afrika, und es entstand eine Debatte über die Ursachen der Risiken. In der AU wurde am 10. Oktober 2022 eine hochrangige Konferenz über Ernährungssicherheit und Ernährung einberufen, an der über 300 Delegierte teilnahmen, darunter auch afrikanische Landwirtschaftsminister:innen. Die Konferenz, die gemeinsam mit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) organisiert wurde, ist ein wichtiges Beispiel für lösungsorientierte Diplomatie, die der AU eine Stimme verleiht, ohne dass sie in dem »neuen Kalten Krieg«, den manche heraufziehen sehen, Partei ergreifen muss. Es ist bezeichnend, dass sowohl die Ukraine als auch Russland erst spät auf der hochrangigen Konferenz zu Wort kamen und der Moderator darauf achtete, dass beide Erklärungen lösungsorientiert blieben.

Auswirkungen auf die Europa-Afrika-Beziehungen

Angesichts der begrenzten ukrainischen diplomatischen Ressourcen hat die EU maßgeblich für die Ukraine diplomatische Initiative in Afrika ergriffen. Allerdings haben zuvor latente Fragen der geopolitischen Ausrichtung die seit langer Zeit bestehende Zusammenarbeit zwischen der EU und der AU in eine Krise gestürzt. Das aufschlussreichste Beispiel dafür ist das Scheitern des üblichen »Gemeinsamen Kommuniqués« bei zwei aufeinanderfolgenden jährlichen gemeinsamen Konsultationstreffen zwischen dem Rat für Sicherheit und Frieden (PSC) der AU und der EU in den Jahren 2022 und 2023 wegen eines Verweises auf den Krieg in der Ukraine (<https://amaniafrica-et.org/13th-annual-joint-consultative-meeting-of-the-aupsc-and-eupsc/>). Dabei berief sich die AU auf den Standpunkt, sie könne keine Positionen zu Angelegenheiten außerhalb des afrikanischen Kontinents beziehen. Gleichzeitig gelang es westlich orientierten Ländern wie Japan auf ihren Gipfeltreffen, eine ehrgeizige und lösungsorientierte Sprache zu vereinbaren. Lediglich neun Monate nach Beginn der Völlinvasion fanden zumindest die beiden Kommissionen ein Mindestmaß an gemeinsamer Sprache für konstruktive Meinungsverschiedenheiten über Russlands

Krieg gegen die Ukraine im Rahmen der bilateralen Gespräche der AU- und EU-Kommissionen.

Ein hochrangiger AU-Beamter argumentierte in einem im Januar 2023 geführten Interview, dass die Ukraine »eine Ablenkung für die Partnerschaft« sei, da sie für alles andere als Geopolitik konzipiert sei und dass es der EU-AU-Partnerschaft am »Ausdruck des gegenseitigen Respekts und der Bereitschaft zur Entwicklung eines besseren gegenseitigen Verständnisses« fehle (Interview durch den Autor dieser Analyse, Januar 2023). Diese Haltung dürfte auch darauf fußen, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten zunächst überrascht und frustriert auf Afrikas zaghafte Verurteilung Russlands reagierte. Die EU erwog zeitweise die Einführung von geopolitischen Konditionalitäten. In einem geleakten Bericht der EU-Delegation bei der AU und der EU-Missionsleiter (<https://www.devex.com/news/exclusive-internal-report-shows-eu-fears-losing-africa-over-ukraine-103694>) wurde diese Idee mit dem Argument verteidigt, dass »die Bereitschaft der europäischen Regierungen und Steuerzahler:innen, ein höheres Maß an finanziellem Engagement in afrikanischen Ländern aufrechtzuerhalten, davon abhängt, dass die Zusammenarbeit auf gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Vision beruht«. Die Befürworter:innen dieses Vorschlags räumten auch ein, dass es eine »politische Realität ist, dass sich die verfügbaren Gelder [weg von Afrika] verlagern werden« und dass die knapperen Ressourcen strategischer eingesetzt werden sollten. Obwohl die EU die Idee eines explizit transaktionalen Ansatzes nie formell übernommen hat, dürfte die Idee informell weiterleben. Sie beißt sich mit der Idee der Entwicklungspartnerschaft der EU mit der AU und wird noch einige Abstimmung innerhalb Europas benötigen, um weiterhin eine lösungsorientierte Partnerschaft mit der AU und ihren Mitgliedsstaaten zu ermöglichen.

Eine globale AU-Stimme jenseits des Krieges?

Mit dem Ausbruch des Gazakriegs im Oktober 2023 zeigt sich die neue Komplexität einer multipolaren Welt in aller Deutlichkeit. Europas Wunsch, Afrika an seinen Diskurs der Souveränität, des humanitären Völkerrechts und universaler Werte zugunsten der Ukraine zu

binden, sieht sich nunmehr konfrontiert mit Anschuldigungen aus dem Globalen Süden, der Westen praktiziere in den besetzten palästinensischen Gebieten eine offensichtliche Doppelmoral. Der Präsident der AU-Kommission hat am 7. Oktober 2023 ein Kommuniqué (<https://au.int/en/pressreleases/20231007/communique-chairperson-regarding-israeli-palestinian-war>) veröffentlicht, das eine differenzierte afrikanische Haltung darlegt und erinnert, ganz wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen in seinen Äußerungen, an den historischen Kontext des Konflikts. Von westlichen Staaten wurde dieses Kommuniqué kritisch aufgefasst. Dieser Wille zur Differenzierung ist aber von zentraler Wichtigkeit und sollte in westlichen Hauptstädten unbedingt zusammen mit Indikatoren wie den für Russland enttäuschend geringen Teilnehmerzahlen am Russland-Afrika-Gipfel im Juli 2023 interpretiert werden: Afrikanische Staaten wollen eine gewisse Blockfreiheit, wissen aber auch, dass Russland in den meisten Ländern Afrikas mittelfristig deutlich weniger zu bieten hat als der Westen. Allerdings wird die langfristige afrikanische Unterstützung der Ukraine bei den Vereinten Nationen nur mühsam zu verbessern sein.

Die gespaltenen Haltungen unter den Mitgliedsstaaten zur Positionierung und zur Rolle der AU-Kommission haben maßgeblich zur konkreten Ausprägung der AU-Diplomatie im Ukrainekrieg beigetragen. Die Kommission hat proaktiv im Rahmen des politisch Möglichen zu ihrer Rolle einer AU-Stimme gefunden, die sich auf die normativen und historischen Wurzeln der AU beruft. Es ist zu erwarten, dass die Erfahrungen des Ukraine-Engagements der AU auch zukünftige AU-Erklärungen in diplomatische Krisen jenseits des afrikanischen Kontinents beeinflussen werden. Diese ersten Schritte der AU zu einer globalen Positionierung zeigen deutlich auf, dass eine geeinte afrikanische Stimme nicht zwingend den Weg einer liberalen und westlichen Werte- und Interessenpolitik verfolgt. Zugunsten der Ukraine und anderer Krisenländer sind westliche Staaten gut beraten, einen pragmatischen Ansatz zur Lösung gemeinsamer Probleme zu verfolgen, in dem Afrikas zaghaft wachsendes Bestreben einer geeinten Stimme seinen Platz findet.

Über den Autor

Dr. *Ueli Staeger* erforscht an der Universität Genf die Rolle internationaler Organisationen in der internationalen Sicherheit, mit Fokus auf die Politik und Partnerschaften der Afrikanischen Union. Seine Publikationen sind in den Zeitschriften *African Affairs*, *Journal of Common Market Studies*, *Cooperation and Conflict*, *West European Politics*, und *International Spectator* erschienen.

Eine Kritik der zivilisatorischen Kriegsdiplomatie der Ukraine im Globalen Süden

Chelsea Nguyen

DOI: 10.31205/UA.291.03

Zusammenfassung

Dies ist ein konzeptioneller, polemischer Essay über die ukrainische Kriegsdiplomatie im Globalen Süden, mit einem Schwerpunkt auf Asien. Das Hauptargument ist, dass der zivilisatorische Ansatz der ukrainischen Kriegsdiplomatie, mit dem die internationale Unterstützung im Globalen Süden mobilisiert werden soll, sich selbst im Weg steht und zwangsläufig zum Scheitern verurteilt ist, wenn es darum geht, langfristig eine breitere und angesehenere Resonanz, Unterstützung und ein Gefühl des gemeinsamen Kampfes unter den Regierungen und Völkern des Globalen Südens zu erreichen.

Einführung

Während sich der russische Einmarsch in die Ukraine seinem zweiten Jahrestag nähert, ist 2023 auch deshalb ein historisches Jahr, weil der »Globale Süden« noch nie derart leidenschaftlich wachgerufen wurde, entweder durch lautstarken Protest gegen Missstände oder durch übermäßiges Selbstbewusstsein einzelner Staaten, von Indien bis Brasilien. Es geht um ernste Versuche, die angesichts eines immer stärkeren Gefühls eines kollektiven Momentums von verschiedenen Machtzentren des Globalen Südens unternommen werden, um eine alternative politische Vision für eine neue multipolare und postliberale Weltordnung voranzutreiben. In der internationalen Ordnung breiten sich Machtvakuen weiter aus, die durch eine zunehmend eingeschränkte US-Unipolarität und eine wankende russische Regionalhegemonie entstehen.

Was bedeutet dieser historische Moment für die Ukraine und die Vorstellung vom »Globalen Süden« an sich? Ich möchte die Diskussion durch einen polemischen Essay anregen, der die ukrainische Kriegsdiplomatie zur Mobilisierung internationaler Unterstützung im Globalen Süden erörtert, und zwar mit dem Schwerpunkt Asien. Mein zentrales Argument lautet, dass die Ukraine mit ihrem zivilisatorischen Ansatz in ihrer Kriegsdiplomatie im Globalen Süden mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt und somit kontraproduktiv ist. Schließlich muss es um einen angeseheneren und breiter aufgestellten Appell gehen und die Kultivierung der Vorstellung von einem Kampf, den die Regierungen und Völker im Globalen Süden auf lange Sicht gemeinsam mit der Ukraine führen. Diese Debatte ist wichtig, da sie letztendlich das vielfältige Missbehagen anlässlich der zivilisatorischen Visionen der Ukraine betrifft. Letztere sind in dem Land und seinen externen Unterstützern im Westen als Antwort auf die zivilisatorische »Russische Welt« dominant. Es geht dabei auch um die politische Natur des nationalen Überlebens

der Ukraine und ihrer Unabhängigkeit nach dem Krieg. Und es geht um ihren Platz in einer neuen Weltordnung, die gerade erst im Entstehen ist und deren Schwerpunkt sich unweigerlich Richtung Globaler Süden verschiebt. Die Zukunft der Ukraine mit dem Globalen Süden entscheidet sich bereits heute.

Zivilisatorische Vorstellung von einem Befreiungskrieg

Zivilisatorische Vorstellungen von einem Befreiungskrieg sind in der ukrainischen Kriegsdiplomatie sehr prominent vertreten, und zwar auf den höchsten Ebenen von Staat und Regierung, der Intelligenzija und der Öffentlichkeit. Aus Anlass des ersten Jahrestages des großangelegten Einmarsches Russlands hielt Präsident Wolodymyr Selenskyj eine Rede vor dem Europäischen Parlament, in der er Russland zur »größten antieuropäischen Kraft der modernen Welt« erklärte (<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20230208IPR72901/president-zelenskyy-says-russia-is-a-grave-threat-to-the-european-way-of-life>). Mit »europäisch« meinte er Europas vermeintliche »Lebensweise, die in Regeln, Werten, Gleichheit und Gerechtigkeit wurzelt«, und einen »Ort, in der die Ukraine fest zu Hause ist«: »Das ist unser Europa, das sind unsere Regeln, das ist unsere Art zu leben, und für die Ukraine ist es ein Weg nach Hause, ein Heimweg«. Beim gleichen Anlass argumentierte der Philosoph Wolodymyr Jermolenko, dass Russland durch seinen Einmarsch »asiatischer wird«, und dass der Kampf der Ukraine für ihr nationales Überleben »die Grenzen Europas nach Osten verschiebt« (Jermolenko hatte diesen Twitter-Thread vom 18. Februar 2023 bald wieder gelöscht). Dieses Motiv wurde später von Oleksij Danilow aufgegriffen, dem Sekretär des ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates. In einem Interview mit einer britischen Zeitschrift sagte Danilow im Januar 2023, dass »wir [die Ukraine] eine Nation sind,

die zu Europa gehört. Die Russen sind eine Nation, die nach Asien gehört. Daran ist nichts Schlimmes, aber es muss verstanden werden« (<https://www.newstatesman.com/world/europe/ukraine/2023/01/oleksiy-danilov-interview-weak-people-germany-russia-ukraine>). In einem ukrainischen Interview vom August 2023 argumentierte Danilow, was die Russ:innen von Natur aus unmenschlich mache, sei der Umstand, dass »sie asiatisch sind« (eine Anspielung auf deren sogenannte asiatische »Mongolenursprünge«). Im September 2023 behauptete Selenskyjs Präsidentenberater Mychajlo Podoljak, dass »die Chinesen und Inder über ein geringes intellektuelles Potenzial« verfügen. Der Kontext war hier die offizielle Neutralität ihrer Regierungen in Bezug auf den Einmarsch Russlands. All diesen Äußerungen ging das berühmte Statement des Außenbeauftragten der EU, Josep Borrell, vom Oktober 2022 voraus, dass Europa ein »Garten« der Prosperität sei und der Rest der Welt ein »Dschungel« ist, und dass der »Dschungel in diesen Garten einfallen könnte« (<https://www.euronews.com/my-europe/2022/10/19/josep-borrell-apologises-for-controversial-garden-vs-jungle-metaphor-but-stands-his-ground>). Später kam Juna Potomkina, eine Beraterin im ukrainischen Verteidigungsministerium, in einer selbstbestätigenden Beurteilung der ukrainischen Kriegsdiplomatie zu dem Schluss, dass »die Ukraine höchst erfolgreich die Botschaft gesendet hat, dass Russlands Invasion einen Kampf von Zivilisationen mit globalen Implikationen darstellt« (<https://www.atlanticcouncil.org/blogs/ukrainealert/exploring-the-secrets-of-ukraines-successful-wartime-diplomacy/>).

Diese Einschätzungen dürften jedoch vorläufig sein und fallen wohl zu optimistisch aus, wenn man sich jene diversen Unterstützergruppen im Globalen Süden jenseits der transatlantischen Hintermänner der Ukraine anschaut und wie diese die zivilisatorische Kriegsdiplomatie wahrnehmen.

Der Aufstieg des zivilisatorischen Denkens und die Rückkehr des Globalen Südens

Mit dem Begriff »zivilisatorisch« folgen meine Überlegungen dem Geiste der Kritik von Amartya Sen an Huntingtons Darlegung der Weltgeschichte. Huntington hatte einen Kampf zwischen »Zivilisationen« (häufig im Deutschen übersetzt als »Kulturen«, Anm. d. Redaktion) angenommen. Hierbei handele es sich um einen permanenten Kriegszustand und um konfliktträchtige Spannungen zwischen Völkern, die oft in mystisch imaginierten, nativistischen, vorbestimmten und auf räumlich klar abgegrenzten politischen, kulturellen und religiösen Identitäten, Werten und glorifizierten Geschichtsinterpretationen wurzeln. Mit der Betonung des Umstands, dass jeder Mensch von Natur aus mit unterschiedlichen Identitäten und Assoziatio-

nen ausgestattet ist, warnt Sen, dass die unterschiedlichen Manifestationen von Gewalt, sei es gegen externe »Feinde« oder gegen die zum eigenen Raum gehörenden, internen Subjekte, oft dem Gefühl einer Unausweichlichkeit gegenüber etwas vermeintlich Alternativlosem entspringen, einer einmaligen und oft kriegerischen singulären Identität (s. Sen, 2007, *Identity and Violence*).

Die Argumentationsmuster der Ukraine müssen auch als Teil eines breiteren Trends verortet werden, der in jüngster Zeit hin zu »zivilisatorischer« internationaler Politik geht. Was Gregorio Bettiza, Derek Bolton und David Lewis als »Zivilisationismus« bezeichnen, und was mit konservativen, illiberalen und autoritären politischen Werten und Kräften verbunden wird, verbreitet sich im Westen, im Nahen und Mittleren Osten, in China, Indien, Russland und anderswo (s. Bettiza et. al., 2023, *Civilizationism and the Ideological Contestation of the Liberal International Order*). Die Ukraine ist natürlich Teil dieses globalen ideologischen Trends. Bei den anhaltenden Auseinandersetzungen in der Welt, mit denen politische, wirtschaftliche und soziale Wohlstände und Freiheiten erreicht werden sollen, geht es aber nicht exklusiv um eine neue »europäische Zukunft« als solche, sondern um eine universellere, gemeinsame Zukunft: Es geht um ein gleichwertiges Menschsein mit Würde, Wert und Schutz, wie sie per Völkerrecht versprochen werden. Die UN-Charta ist der grundlegendste Lackmus-Test für eine solche mögliche Zukunft.

Bis vor kurzem habe ich gezögert, den allumfassenden Begriff »Globaler Süden« zu verwenden. Er ist seit den frühen 1980er Jahren zu einem Begriff ohne kohärente gemeinsame politische Bedeutung, organisatorische Struktur und alternative systemische Visionen für eine gleichberechtigte und gerechtere Weltordnung verkommen. In einigen der wichtigen Länder, die jetzt auf eine neue multipolare Weltordnung drängen, wurzeln die vorherrschenden innenpolitischen Ideologien in einem kruden Konservatismus und einem auf Entwicklung fixierten Hyper-Kapitalismus (<http://meduza.io/en/feature/2023/02/03/what-i-don-t-want-is-western-triumphalism>; <https://posle.media/language/en/goodbye-russian-romance-talking-with-kavita-krishnan-part-1/>). Die derzeit herrschenden Kräfte in einigen dieser Länder, die formal Demokratien mit Wahlen darstellen, befördern sogar innerhalb ihrer anscheinend demokratischen Gesellschaften einen schleichenden Illiberalismus sowie eine Dominanz der ethnischen oder religiösen Mehrheit. Diese neue Multipolarität wird freilich als alternative, fortschrittliche Politik für eine neue Weltordnung und als Antwort auf den US-Unilateralismus und dessen straflosen Machtmissbrauch hingestellt.

In Wirklichkeit aber bedeutet eine solche Alternative vielmehr eine Politik, die nach den gleichen Privilegien von Macht und Strafflosigkeit strebt; zudem soll

gleichberechtigter Souveränität durch Ansprüche auf im Voraus festgelegte »Interessensphären« ein Ende bereitet werden. Chenchen Zhang hat davor gewarnt, bei der Unterscheidung von »Norden vs. Süden« oder »Westen vs. Nichtwesten« von naturgegebenen gegensätzlichen politischen Bereichen auszugehen und sie so zu behandeln: »Wenn illiberale Bewegungen, die die moralische Geografie herausfordern, die der internationalen Ordnung zugrunde liegt, sich einen antikolonialen Tenor zu eigen machen, produzieren sie [letztendlich] deren essenziellierende, hierarchische und rassenbezogene Logik, indem das Werturteil umgekehrt wird« (s. Zhang, 2023, Postcolonial nationalism). Und in der Tat hat Xiang Biao beobachtet, dass »die Mainstream-Meinung in China sich nicht auf das Ziel richtet, etwas anders zu machen, sondern darauf, die Nummer eins zu werden. Und viele grundlegende Denkweisen ähneln dem, was wir in den USA sehen, was in meiner Vorstellung damit zu tun hat, dass gemeinsame Ideale verlorengegangen sind« (s. Biao, 2023, Self as method). In Bezug auf Indien macht der Kolumnist Happymoon Jacob Ähnliches geltend: »was Neu-Delhi tatsächlich anstrebt, ist ein Sitz am zentralen Tisch der internationalen Politik. Seine revisionistische Sprache wurzelt in dem Wunsch, Teil eines neu strukturierten Status quo zu sein« (<https://www.thehindu.com/opinion/lead/indias-moment-under-the-diplomatic-sun-must-be-used/article66584676.ece>).

Bei meiner Kritik der ukrainischen Kriegsdiplomatie zur Mobilisierung internationaler Unterstützung im Globalen Süden meine ich mit »Globalem Süden« eine breit angelegte Gemeinschaft verschiedener sozialer Schichten, die weitgehend die einschlägige Erfahrung und das historische Bewusstsein vergangener westlicher Kolonialherrschaft teilen. Das gleiche gilt für die gegenwärtigen Heucheleien des Westens bei der selektiven Einhaltung des Völkerrechts und den Ansätzen hierzu, wenn es zu Kriegen, Konflikten und Auseinandersetzungen kommt. Meine Kritik gilt weltweit in Bezug auf Länder und Gesellschaften des Südens, die früher starke Verbindungen zur ehemaligen Sowjetunion hatten und oft insgesamt positive Erfahrungen mit ihr gemacht haben.

Die ukrainische Kriegsdiplomatie in Indonesien

Indonesien war während der Militärdiktatur von 1965 bis 1998 ein fester Verbündeter der USA. Es ist zudem ein Land, in dem viele die UdSSR wertschätzten und gute Erinnerungen an sie hegten (auch wenn sich das überproportional auf Russland bezieht), insbesondere in den Bereichen Kultur und Bildung. Man teilte die politische Vision, eine nichtkapitalistische und entkolonialisierte Weltordnung voranzutreiben. Viele Indonesier:innen erinnern sich positiv daran, wie die UdSSR (in Wirklichkeit die UN-Mission der Ukrainischen SSR)

1946 im UN-Sicherheitsrat die Frage der indonesischen Unabhängigkeit aufwarf, während die Niederlande 1945–49 einen brutalen Krieg zur Rekolonialisierung Indonesiens führten. Diese Verbindungen erreichten im Kern zwischen 1955 und 1964 einen Höhepunkt, also in einer Zeit um sich greifender Entkolonisierungseuphorie. Indonesiens Ansehen im Globalen Süden (oder in der blockfreien »Dritten Welt«) war nach der asiatisch-afrikanischen Konferenz 1955 in Bandung und dem vollständigen Sieg über die Niederlande (mit beträchtlicher sowjetischer Unterstützung) im Jahr 1962 stark gestiegen.

Einerseits hat die indonesische Regierung bislang konsequent für alle Resolutionen der UN-Vollversammlung gestimmt, die eine Wahrung der legitimen territorialen Integrität und Souveränität und einen Abzug der russischen Truppen forderten. Mehr noch: Als Vorsitzender des G20-Gipfels im Sommer 2022 stattete Indonesiens Präsident Joko Widodo (oder »Jokowi«) zusammen mit seiner Frau Iriana Joko Widodo im Juni 2022 Kyjiw während des Krieges einen Besuch ab – als erster Staatschef des Globalen Südens. Anders als Indien, das 2023 den G20-Gipfel ausrichtete, hat Indonesien Präsident Selenskyj auf dem Gipfel 2022 die Gelegenheit gegeben, erstmals seinen 10-Punkte-Friedensplan vor der Welt auszubreiten (<https://www.president.gov.ua/en/news/ukrayina-zavzhdi-bula-liderom-mirotvorchih-zusil-yaksho-rosi-79141>).

Andererseits ist jedoch die Stimmung in der Öffentlichkeit, die intern in verschiedenen Bereichen der indonesischen Regierung geteilt wird, überwiegend von einer allgemeinen Sympathie für Russland und einer zynischen Zurückhaltung gegenüber der Ukraine gekennzeichnet. Das kann mittelbar aus Umfragen herausgearbeitet werden, die zwar nicht die russische Invasion direkt betreffen, aber den allgemeinen Eindruck von Russland in der indonesischen Bevölkerung. Einer Umfrage zufolge, die das Pew Research Center im Juli 2023 veröffentlichte (<https://www.pewresearch.org/global/2023/07/10/overall-opinion-of-russia/>), gehören die Indonesier:innen neben Indien und Nigeria zu jenen, die Russland weltweit am positivsten sehen.

In einem Statement vom 2. März 2022 versuchte Wasyl Hamjanin, der Botschafter der Ukraine in Indonesien, die dortige Regierung und Öffentlichkeit auf zweierlei Weise zu größerer Unterstützung der Ukraine zu bewegen. Erstens zog der Botschafter Parallelen zwischen Indonesiens Unabhängigkeitskriegen – vor allem gegen die Niederlande und gegen Japan – und dem derzeitigen Verteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland. Gleichzeitig erinnerte Hamjanin an Indonesiens blutigen Kampf gegen den Kommunismus: »Sie [Indonesien] sind eine weise Nation, die in der Lage war, sich den Verführungen der Kommunist:innen zu wider-

setzen und sich ihnen nicht hinzugeben«. Hamjanin ging noch weiter, indem er behauptete, dass »das Russland von heute eine Fortführung des kommunistischen Regimes ist« (<https://news.detik.com/berita/d-5965135/ukraina-minta-dukungan-ri-anda-bangsa-bijak-yang-tepis-rayuan-komunis>). Es mag sein, dass in der heutigen indonesischen Politik überbordender islamischer Populismus und Antikommunismus weiterhin zusammengehen mögen. Aber das Wachrufen von Erinnerungen an das Massaker von 1965, das zu den blutigsten des 20. Jahrhunderts gehört und zwischen 500.000 und einer Million Tote forderte, ist an sich moralisch abscheulich und lässt eine grundlegende historische Sensibilität vermissen, ganz gleich wie die politischen Absichten waren. Das Massaker hatte sich gegen Mitglieder und Sympathisanten der Indonesischen Kommunistischen Partei wie auch gegen Bürger:innen chinesischer Herkunft gerichtet. Die Täter waren Teile der indonesischen Armee und speziell aufgestellte Milizen unter dem Kommando des Generals und späteren Präsidenten Suharto. Präsident Jokowi wurde erstmals 2014 gewählt, und zwar teils mit dem Wahlversprechen, eine Agenda zur nationalen Versöhnung für die vielen Opfer der Massaker von 1965 in ganz Indonesien mutig voranzutreiben, die seither vielfach beschwiegen wurden. Seit Jahren hatte sich der Präsident bei dieser Agenda einer heftigen Opposition durch mächtige Kreise im Militär und im islamischen Establishment gegenübergesehen. Schließlich brachte der Präsident am 11. Januar 2023 in einer offiziellen Ansprache das »tiefe Bedauern« des indonesischen Staates zum Ausdruck (<https://www.theguardian.com/world/2023/jan/13/truth-is-one-of-our-rights-victims-of-indonesias-bloody-past-want-more-than-regret-from-their-president>). Er gestand ein, dass die Massaker von 1965 tatsächlich stattgefunden haben, neben elf anderen »gravierenden Menschenrechtsverletzungen« zwischen 1965 und 2003.

Eine weitere Episode ereignete sich im Zusammenhang mit den israelischen Luftangriffen auf den Gazastreifen am 5. August 2022, die Indonesien entschieden verurteilte (<https://kemlu.go.id/portal/en/read/3893/view/indonesia-strongly-condemns-the-attacks-carried-out-by-israel-in-gaza>). Das fügte sich logisch in Indonesiens antikoloniale Tradition einer Solidarität mit Palästina. Indonesien ist eines der weltweit wenigen Länder ohne formale diplomatische Beziehungen mit Israel und mit Forderungen nach einer Zweistaatenlösung in den Grenzen von vor 1967. 2022 war in der Tat von den vergangenen sieben Jahren dasjenige mit den meisten Todesopfern unter der israelischen und vor allem der palästinensischen Zivilbevölkerung (<https://www.un.org/unispal/document/with-2022-deadliest-year-in-israel-palestine-conflict-reversing-violent-trends-must-be-international-priority-middle-east-coordinator-tells>

[security-council-press-release-sc-15179/](https://www.un.org/unispal/document/with-2022-deadliest-year-in-israel-palestine-conflict-reversing-violent-trends-must-be-international-priority-middle-east-coordinator-tells), also vor dem 7. Oktober 2023, an dem der Krieg zwischen Israel und der Hamas begann, Anm. d. Redaktion). Als Antwort auf die Verurteilung der eskalierenden Gewalt Israels, setzte Hamjanin einen Tweet in durchgehenden Großbuchstaben ab: »Was ist mit einer heftigen Verurteilung der brutalen Angriffe auf die Ukraine in den letzten fünf Monaten? Und dem Tod von Hunderten, wenn nicht Tausenden von Kindern, auch muslimischen Kindern?« (<https://jakartaglobe.id/news/indonesia-summons-ukrainian-envoy-over-russia-tweet>) Kurz darauf veröffentlichte Jewhen Kornijtschuk, der ukrainische Botschafter in Israel, eine Erklärung, in der es hieß: »Als Ukrainer:innen, deren Land brutal und anhaltend von seinem unmittelbaren Nachbarn angegriffen wird, empfinde ich große Sympathie für die israelische Gesellschaft. Terrorismus und böswillige Angriffe gegen Zivilist:innen sind für Israelis und Ukrainer:innen zur Alltagsroutine geworden« (<https://www.palestinechronicle.com/ukraine-declares-support-for-israel-condemns-palestinian-terrorism/>). Daraufhin bestellte das indonesische Außenministerium Hamjanin ein, wobei es sein »Missfallen und seine Verstimmung« anlässlich von Kommentaren zum Ausdruck brachte, die es als »schmerzhaft für Indonesier:innen« erachte, »die die Ukrainer:innen als Freund:innen betrachten« (<https://jakartaglobe.id/news/indonesia-summons-ukrainian-envoy-over-russia-tweet>).

Hier geht es nicht um die Haltung der Ukraine zum israelisch-palästinensischen Konflikt an sich, sondern um die eher illusorische Universalität des Völkerrechts und die ungleiche Behandlung ziviler Kriegsopfer. Es lohnt die Frage, warum die indonesische Verurteilung der eskalierten Gewalt Israels dem Kampf der Ukraine für ein nationales Überleben und für Selbstbestimmung entgegenstehen sollte, wenn es um eine politische Frage jenseits von »offensichtlichen« Ähnlichkeiten geht. Was waren nun die Verdienste aus diesem offenen Angriff auf Indonesiens Haltung zu einem anderen Konflikt, jenem zwischen Israel und Palästina? Insbesondere, da die Empörung hier nicht moralisch einwandfrei übertragbar war? Es hat lediglich große Teile der indonesischen Öffentlichkeit noch weiter abgestoßen, da es keinen vergleichbaren anderen internationalen Konflikt gibt, der die Indonesier:innen über die Zeit hinweg derart zusammenschweißte hätte wie der israelisch-palästinensische und die Frage der palästinensischen Staatlichkeit. Dies steht beispielhaft für einen zivilisatorischen Ansatz in der Kriegsdiplomatie, bei dem die Ukraine nicht in der Lage ist, ähnliche Kämpfe für die gleichen Werte Selbstbestimmung, universelle menschliche Würde und Schutz, Gleichheit und Fairness anzuerkennen, wenn diese nicht teilweise in oder am Rande von Europa als Inbegriff für Zivilisation liegen (Dieser

Abschnitt wurde vor dem 07. Oktober 2023 verfasst, Anm. d. Redaktion).

Kriegsdiplomatie der Ukraine in Vietnam

Niemand bestreitet den Umstand, dass die USA die bedeutendste Unterstützerin im Selbstverteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland darstellen. Verständlicherweise sind die ukrainische und die US-amerikanische Kriegsdiplomatie wohlkoordiniert und bislang übereinstimmend. Am 10. März 2022 veröffentlichte die US-Botschaft in Vietnam eine Erklärung, in der den russischen Vorwürfen, die USA würden in der Ukraine Biowaffen-Programme betreiben, entgegengetreten wird, und in der es unverfälscht heißt: »Russland hat – anders als die Vereinigten Staaten – eine lange und gut dokumentierte Geschichte eines Einsatzes von Chemiewaffen« (<https://thediplomat.com/2022/04/agent-orange-in-vietnam-legality-and-us-insensitivity/>). Wohlgemerkt wurden Russlands Behauptungen, die USA hätten in der Ukraine biologische Waffenprogramme betrieben, am 18. März 2022 von der Internationalen Atomenergiebehörde und am 27. Oktober 2022 vom UN-Büro für Abrüstungsfragen widerlegt. Aber nach diesem US-amerikanischen Statement wurde die offizielle Facebook-Seite der Botschaft mit empörten Kommentaren überflutet. Offiziellen vietnamesischen Angaben zufolge (<https://thediplomat.com/2022/04/agent-orange-in-vietnam-legality-and-us-insensitivity/>) sind in Vietnam zwischen 3 und 4,8 Millionen Menschen mit Agent Orange in Kontakt gekommen, einem Entlaubungsmittel, das einige der aggressivsten Giftstoffe wie z. B. Dioxin enthält. Es wurde von 1961 bis 1971 von den USA gegen kommunistische Aufstände und die Bevölkerung in Südvietnam eingesetzt. Während offizielle Schätzungen besagen, dass ein Viertel der südvietnamesischen Landflächen mit Agent Orange besprüht wurden, wurde das damalige Vorgehen der USA von einigen als Ökozid bezeichnet (s. Wilcox, 2011, *Scorched Earth*).

Es hatte in Vietnam mitunter (insbesondere in der Anfangsphase der russischen Invasion) weit verbreitete Sympathie für die von Moskau vorgelegten Rechtfertigungen des Angriffs auf die Ukraine gegeben. Sie hatten sich in der öffentlichen Wahrnehmung und im Diskurs vor allem durch die Linse der großen Geopolitik manifestiert (<https://www.iseas.edu.sg/articles-commentaries/iseas-perspective/2022-44-the-russia-ukraine-war-unpacking-online-pro-russia-narratives-in-vietnam-by-hoang-thi-ha-and-dien-nguyen-an-luong/>). Eine Rolle spielte dabei auch das schmerzliche historische Bewusstsein und die Erfahrungen mit westlichem Militarismus und internationalen Sanktionen während des letzten Kalten (Heißen) Krieges. In höherem Maße noch als in Indonesien hegen viele Menschen in Vietnam eine tiefstehende Wertschätzung für und positive Erinnerungen an

die UdSSR. Anders als die Ukraine ist die Kriegsdiplomatie Russlands erfolgreich damit gewesen, die vietnamesischen Erinnerungen wachzurufen und anzuzapfen. Das erfolgte allerdings über eine verfälschte Darstellung Russlands als alleinige Nachfolgerin der UdSSR und deren Leistungen bei diversen anticolonialen Kämpfen im 20. Jahrhundert. Dabei wird der derzeitige Krieg von vielen Vietnames:innen, die gleichzeitig Sympathie für das nationale Überleben der Ukraine hegen und der historischen UdSSR positiv gegenüberstehen (insbesondere in der älteren Generation) als Krieg zwischen zweier ehemaliger sozialistischer und mit Vietnam verbrüderter Staaten wahrgenommen. Als ein äußerst trauriger Krieg, der den Kulminationspunkt des langen Zusammenbruchs der UdSSR markiert. Das sowjetische Projekt wird von vielen vietnamesischen Sympathisant:innen als ehemaliges antiimperialistisches (antiwestliches) und internationalistisches Projekt aufgefasst, das als alternatives Modell einer schnellen wirtschaftlichen, sozialen und menschlichen Entwicklung mit politischen Visionen für eine gerechtere und entkolonisierte Weltordnung dient. Die russische Revolution von 1917 und deren weltweit bedeutsamen Auswirkungen haben diverse vietnamesische Unabhängigkeitsbewegungen Anfang des 20. Jahrhunderts stark beeinflusst, auch die derzeit herrschende Vietnamesische Kommunistische Partei. Diese Wahrnehmungen mögen vielleicht im Kontrast zu vielen anderen, unterschiedlichen Erfahrungen anderer Personen, ethnischer Minderheiten und Nationen innerhalb der UdSSR und an deren Peripherien stehen (unter anderem denen von vielen Ukrainer:innen). Die geografische Entfernung, der relativ große Abstand zu jenen Erscheinungen, die auf Unzufriedenheit in und mit der UdSSR schließen ließen sowie die vietnamesische Historiografie, die weitgehend aus russlandzentrierter Sicht geschrieben wurde, haben tatsächlich oft zu einer insgesamt überzogenen Verklärung der UdSSR in Vietnam geführt.

Während der US-amerikanischen Invasion in Vietnam (1965–73) waren Tausende technische und Militärberater aus der UdSSR in Vietnam stationiert. Von den Überlebenden dieser Gruppe gehören heute allein 500 dem Allukrainischen Verband der Kriegsveteranen an (<https://vufo.org.vn/All-Ukrainian-Union-of-War-Veterans-declares-support-for-Vietnamese-Agent-Orange-victims-12-2185.html?lang=en>). Nach dem Abzug des US-Militärs 1973 und der Wiedervereinigung von Vietnam 1975 waren es vor allem die UdSSR und der Ostblock, die dem vom Krieg verwüsteten Land dabei halfen, den Fachkräftemangel abzufedern und jene, die den Staat aufbauen sollten (Ingenieure, Agronomen, Geologen, Wirtschaftswissenschaftler, Lehrer, Architekten usw.), auszubilden. Insbesondere die Unterstützung aus der Sowjetunion bei der Meisterung der vielen diplomatischen, wirtschaftlichen und sozialen

Krisen des vereinigten Vietnam, die durch subventionierte Getreideexporte, Wartungsleistungen für militärisches Gerät und Bildungsmöglichkeiten geleistet wurde, war unersetzlich. Diese Entwicklungshilfe war durchaus mit erheblichen Risiken verbunden: zwischen 1979 und 1994 kamen elf sowjetische Expert:innen (darunter auch Ukrainer:innen) während des Baus des einst (bis 2012) größten Wasserkraftwerks in Südostasien, des Hoà Bình Dammes (»Friedens-Damm«), ums Leben (<https://e.vnexpress.net/photo/news/hoa-binh-power-plant-construction-of-the-20th-century-4012791.html>). Für viele Vietnames:innen und Millionen Anderer in den ärmeren Teilen der Welt kam es der Realisierung eines Lebensraums gleich, eine Hochschulbildung in der UdSSR zu erlangen. Erst ab den frühen 1990er Jahren war es Vietnames:innen schließlich auch möglich, Zugang zum westlichen Hochschulsystem zu bekommen. Selbst bei den vielen ehemaligen vietnamesischen Studierenden in der UdSSR, angefangen von prominenten Abgeordneten bis zu pensionierten Armeegenerälen, die jetzt mit einer Verurteilung von Russlands Krieg gegen die Ukraine öffentlich Position bezogen haben, beginnen die Statements mit einem Schwall von Dank sagungen für ihre Jugendjahre in der UdSSR. Verständlicherweise wurden Vergleiche zwischen Vietnam und der Ukraine im Krieg angestellt, wobei einige argumentierten, die Ukraine sei »das Vietnam des 21. Jahrhunderts« (<https://www.opendemocracy.net/en/betrayal-ukraine-and-the-left-petition-jeremy-corbyn-yanis-varoufakis/>).

Der Unterschied zwischen einer zivilisatorischen und einer universalistischen Kriegsdiplomatie zur Entkolonialisierung

Für Vietnam ging es bei seiner Kriegsdiplomatie nicht um das Streben nach einer zivilisatorischen Entkolonialisierung durch eine Rückkehr zu einer längst vergangenen Vergangenheit. Also in eine Zeit, in der eine soziale Revolution im Inland für einen Aufstieg von unterdrückten Klassen und nationalen Gruppen im Streben nach nationaler Befreiung und als Lösung zeitgenössischer Fragen wie Kolonialismus und Imperialismus nicht als notwendig erachtet wurde. Es ging vielmehr darum, die Universalität von Sozialismus, nationaler Befreiung, Bürgerrechten und Solidaritätsbewegungen voranzutreiben, die weltweit aktiv waren und als gemeinsamer Kampf für Vietnam wahrgenommen wurden, insbesondere in den Ländern der »Feindesregierungen« der USA und Frankreichs (S. Asselin, 2018, *Global revolutionary currents*). Es gab zudem eine eigene Front von einer Volksdiplomatie (die aber vom Staat engmaschig kontrolliert wurde), bei der vietnamesische Kriegsdiplomat:innen Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa ausgiebig bereisten, um ihre Solidaritätsnetzwerke auszubauen und die Gemeinsamkeiten zwischen den jewei-

ligen Kämpfen herauszustellen. Einfache Bürger:innen in den USA und Frankreich sind nur selten das Ziel der offiziellen vietnamesischen Kriegspropaganda und der Anprangerungen gewesen. Stattdessen waren US-amerikanische und französische Intellektuelle, Studierende, Politiker:innen, Militärveteran:innen und Kultur-Ikonen usw. rundum in einer gemeinsamen Kampagne engagiert, die von den USA verlangte, ihr Militär aus Südvietnam abzuziehen.

Mit einem angemessenen Bewusstsein für die vielen komplizierten und unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Ukrainer:innen in der imperialen sowjetischen und russischen Vergangenheit könnten meine Empfehlungen schmerzhaft schwierig erscheinen; sie müssen allerdings ausgesprochen werden: Ich empfehle aufrichtig, jene Russ:innen in Russland, die mit der Ukraine sympathisieren, nicht links liegen zu lassen, wenn internationale Solidarität für die Ukraine mobilisiert werden soll. Auf lange Sicht wird westliche Unterstützung für die Freiheit und das Überleben der Ukraine durch die Regierungen und die Öffentlichkeit im Westen nicht ausreichen. Bei Kriegsdiplomatie geht es nicht nur um materielle und militärische Unterstützung durch mächtige, wohlhabende und ressourcenreiche Staaten, sondern auch darum, weltweit die Herzen und Köpfe der gewöhnlichen Menschen zu gewinnen. Wenn das Erstere die einzige Komponente gewesen wäre, hätte Vietnam seine Kriegsdiplomatie allein auf die UdSSR, den Ostblock und China ausgerichtet. Damit gab man sich aber nicht zufrieden.

Allerdings müssen auch – im Vergleich zur Epoche von 1968 – die gegenwärtigen veränderten Realitäten der transformativen Möglichkeiten von Antikriegs-Aktivismus deutlich gemacht werden. Vietnam hatte ohne jeden Zweifel die Herzen der Menschen in der westlichen Welt gewonnen, insbesondere in den USA und in Frankreich. Das beruhte auf den in den dortigen Gesellschaften fundamental verfassten bürgerlichen Freiheiten, die es den Menschen erlaubten, sich zu organisieren, ihren Sinn für Gerechtigkeit auf der Straße zum Ausdruck zu bringen und den Regierungen trotz raffinierter staatlichen Repressionen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen. Im Unterschied dazu sind die Bewegungen jetzt, nahezu ein halbes Jahrhundert später, durch über 40 Jahre atomisierender Entpolitisierung und Hyperkapitalismus stark geschwächt. Tausende Menschen, die in Russland gegen den Krieg protestierten, wurden in den ersten Tagen und Wochen des russischen Einmarsches in die Ukraine verhaftet und brutal unterdrückt.

Diese gefährlich effizienten staatlichen Repressionen, die von willkürlichen Verhaftungen bis zur Kriegspropaganda in den Medien und im Bildungsbereich reichen, haben eine fürchterliche Wirkung auf die russische Gesellschaft. Es wurde bei zu vielen Millionen

Russ:innen eine kollektive, selbstverschuldete Unterdrückung von abweichenden Meinungen und Mitgefühl für das ukrainische Volk gefördert. Unglücklicherweise hatte Vietnam das Privileg, in jüngerer Vergangenheit großangelegte militärische Invasionen sowohl durch die USA und durch China (1979–1989) zu erleben. Für viele Menschen in Vietnam hat Russlands Einmarsch in die Ukraine schmerzliche Erinnerungen und das historische Bewusstsein über die chinesische Invasion 1979 wachgerufen. Es gibt Gründe, warum die Versöhnung zwischen Vietnam und China (auf Regierungs- und individueller Ebene) nach dem Krieg nicht mit der gleichen Aufrichtigkeit erfolgte wie mit Frankreich und den USA: Der Diskurs auf Regierungsebene und in der Öffentlichkeit in China betrachtet den Einmarsch nach Vietnam als gerechtfertigt, wobei in chinesischen Online-Medien und bei der patriotischen Erziehung die in Vietnam begangenen Verbrechen mitunter immer noch verherrlicht werden.

Die Bedeutung der Ukraine für den Globalen Süden

Die Frage der Selbstidentifizierung der Ukraine angesichts einer entstehenden, auf den Globalen Süden ausgerichteten Weltordnung ist von dringlicher und immenser Bedeutung. Viele im globalen Süden werden es wohl kaum als eine Befreiung für sich selbst empfinden, wenn hinter den externen Unterstützern der Ukraine die gleichen unnachgiebigen privaten und multilateralen Kreditgeber stehen, in deren Händen mehrheitlich die eigenen, auf längere Zeit kaum tragfähigen und hohen öffentlichen Schulden liegen. Das ist der schwierige Kontext, durch den der Unwille und sogar die Unfähigkeit der meisten Länder des Globalen Südens, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen, zumindest Verständnis verdient hat. In vielerlei Hinsicht steht die Ukraine vor ähnlichen Problemen. Es gibt eine anhaltende, vom Staat betriebene Neoliberalisierung der Kriegswirtschaft, die für ein Land, das mit einer großangelegten militärischen Invasion kämpft, von beispielloser Dimension ist (Siehe hierzu ausführlicher: Cooper, 2022, *Market economics in an all-out war?*; Semchuk und Rowley, 2023, *EU concerned by Ukraine's controversial labour reforms*; Slobodyan, 2023, *The anti-social ferocity of Ukrainian neo-liberals*). Heute fragen sich viele im Globalen Süden, ob die Ukraine bereit ist, die Gemeinsamkeiten dieser ähnlich gelagerten Problemkonstellationen anzuerkennen und sich gegen diese Welle zu stemmen. Oder ob sie vielmehr eine Trittbrettfahrerin ist und demzufolge eher zu einem Spiegelbild jener Zwangslage der Länder im globalen Süden wird und bei ihrer Kriegsdiplomatie und den politischen Visionen im Inneren eben nicht zu einer Quelle der Inspiration für eine

unabhängige und fortschrittliche politische Agenda avancieren kann.

Zweifellos wohnt dem Verteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland eine Anziehungskraft für jene inne, die weltweit unmittelbar unter den Klauen der russischen neoimperialen Militärinterventionen leiden, sei es Syrien oder Myanmar. Es geht auch um die Verteidigung der UN-Charta, nämlich im Sinne kleinerer Staaten in anderen Teilen der Welt, die ebenfalls Opfer illegitimer Übergriffe auf ihre Territorien sind oder sich Invasionsdrohungen durch Großmächte gegenübersehen. Am 2. März 2022 hielt der Leiter der diplomatischen Mission Vietnams bei den Vereinten Nationen eine Rede vor der Vollversammlung und sagte bemerkenswerterweise: »Die Geschichte unserer Nation mit anhaltenden Kriegen hat etliche Male gezeigt, dass Kriege und Konflikte auch heute allzu oft überkommenen Doktrinen von Machtpolitik, Vormachtansprüchen sowie der Drohung mit und dem Einsatz von Gewalt zur Beilegung internationaler Konflikte entspringen. Eine Reihe von Kriegen sind mit historischen Hinterlassenschaften, falschen Wahrnehmungen und Missverständnissen verbunden« (<https://en.baoquocte.vn/statement-of-viet-nam-at-the-un-general-assembly-emergency-session-on-the-situation-in-ukraine-175695.html>). Das wurde als verschleierte Kritik an Russlands Einmarsch in die Ukraine aufgefasst. Anlässlich des ersten Jahrestages des Kriegsbeginns kritisierten zwei prominente vietnamesische Generäle, Generalmajor Nguyễn Hồng Quân (<http://www.youtube.com/watch?v=CvdC7xVtngU>) und Generalleutnant Nguyễn Chí Vịnh (<http://vtc.gov.vn/thuong-tuong-nguyen-chi-vinh-noi-ve-1-nam-chien-su-o-ukraine>, das Interview wurde allerdings wieder gelöscht), Russlands Krieg gegen die Ukraine scharf. Sie versicherten beide, dass Vietnams Enthaltung in der Vollversammlung keine Unterstützung für Russlands Krieg impliziere. Nguyễn Chí Vịnh verwies allerdings auch darauf, dass es für Vietnam schwierig sei, die Ukraine formal zu unterstützen, nämlich wegen einer »Pro-US-Ideologie« der ukrainischen Regierung. Diese »Pro-US-Ideologie« war sicherlich ein Verweis auf die vorherrschende Wahrnehmung in Vietnam (sowohl in der Regierung wie auch in der Öffentlichkeit), dass jeder ukrainische Sieg realistischerweise und, auch wenn das ein schmerzlicher Prozess wäre, erfordern würde, dass die Ukraine sich diplomatisch zwischen dem Westen und Russland neu ausrichtet, ganz gleich, wie »europäisiert« sie schließlich aus dem Krieg herauskommt. Diese Wahrnehmung wurzelt weitgehend in den traumatischen Erfahrungen, die Vietnam in der Vergangenheit mit formalen Bündnissen mit Großmächten gemacht hat (<https://www.usip.org/publications/2023/09/us-china-competition-presents-vietnam-risks-and-opportunities>). Dazu gehört die Alli-

anz mit den USA (Südvietnam) sowie mit China und der UdSSR (Nordvietnam, vereintes Vietnam). Besonders schwer ins Gewicht fielen hier der Schutz der territorialen Integrität, der politischen Unabhängigkeit sowie der Bevölkerung vor anhaltenden Kriegen mit China und der Roten Khmer in Kambodscha Ende der 1970er und in den 1980er Jahren.

Fazit

Es bleibt eine offene Frage, ob die Ukraine in der Lage sein wird, ihre potenziell universale und fortschrittliche Relevanz für die Zukunft der Welt zu verwirklichen, und nicht nur »ein Teil von Europa« wird. Das Jahr 2023 hat insgesamt eine größere Aufmerksamkeit der Ukraine für den Globalen Süden mit sich gebracht (<https://foreignpolicy.com/2023/05/19/ukraine-russia-war-g7-summit-global-south-india/>), während das Land unweigerlich eine aufstrebende Kraft und Stimme in der internationalen Politik darstellt. Die Konferenzen in Kopenhagen und Dschidda im Sommer dieses Jahres, die einen »globalen Friedensgipfel« vorbereiten sollten, signalisieren den langfristigen Wunsch der Ukraine, mehr Unterstützung durch große Länder des Globalen

Südens zu erhalten. Das ist ein schwieriger Prozess, der historische Sensibilität und politisches Geschick erfordert. An das Gebot, dass man über ein zivilisatorisches Verständnis von sich selbst wie auch von der übrigen Welt – insbesondere vom Globalen Süden – hinausgehen muss, sind wir durch die letzte Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt auf die blutigste Weise erinnert worden. Diese Erinnerung ist durch eine explosive Empörung der Regierungen und Menschen im Nahen und Mittleren Osten, in der islamischen Welt und in vielen anderen Ländern des globalen Südens gekennzeichnet. Sie richtet sich gegen eine Peripherisierung menschlicher Existenz, wie sie bei vielen Kriegen, Gebietsbesetzungen und geografischen »Zivilisations-sphären« aufgrund von vermeintlich ungleichem Wert, Würde und Schutz ziviler Opfer wahrgenommen wird. Das sind die Gefahren der Verabsolutierung des zivilisatorischen Denkens, die jetzt durch eine moralisch Bankrotterklärung sowie unter Abkehr vom Völkerrecht und der Aufgabe des letzten menschlichen Anstands und der Ehrlichkeit zu Tage treten.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Chelsea Ngoc Minh Nguyen arbeitete bei den Vereinten Nationen in Indonesien (2019–2022) und Thailand (2016–2017) in den Bereichen ländliche und lokale Wirtschaftsentwicklung, Handelspolitik und Friedensförderung. Sie ist mit den von den Vereinten Nationen geleiteten Versöhnungsbemühungen zwischen Indonesien und Osttimor nach dem von den Vereinten Nationen unterstützten Unabhängigkeitsreferendum im Jahr 1999 vertraut und hat zu diesem Thema veröffentlicht.

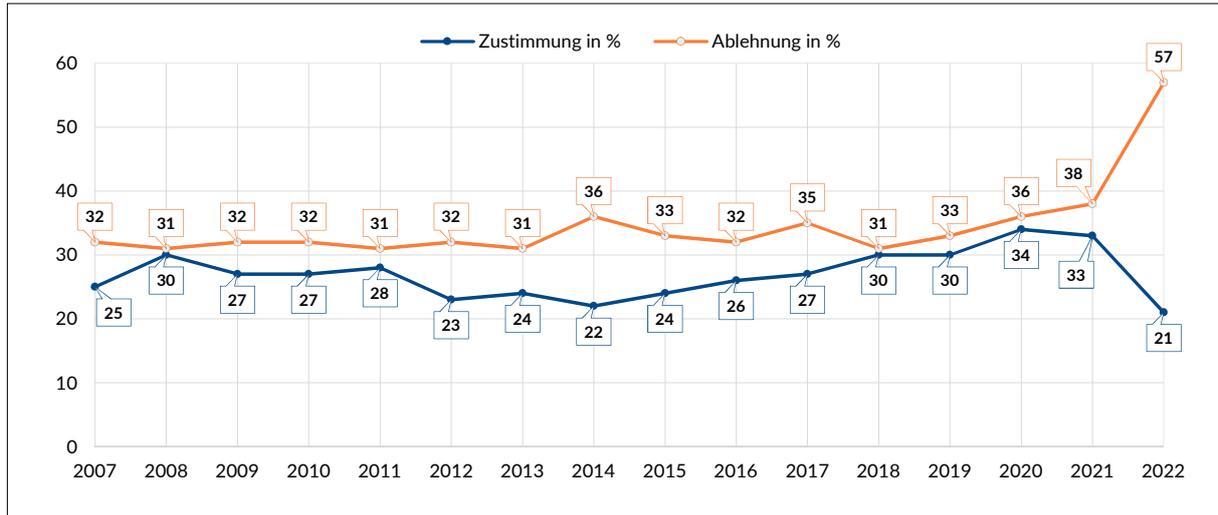
Bibliografie

- Asselin, Pierre (2018). Global revolutionary currents, the Vietnamese revolution, and the origins of the American War, in: *African Identities*, Band 16, Nr. 2, S. 191–204.
- Bettiza, Gregorio, Derek Bolton und David Lewis (2023). Civilizationism and the Ideological Contestation of the Liberal International Order, in: *International Studies Review*, Band 25, Nr. 2, S. 1–28.
- Biao, Xiang; Wu Qi: *Self as method: thinking through China and the world*, Palgrave Macmillan 2023.
- Cooper, Luke (2022). "Market economics in an all-out war? Assessing economic and political risks to the Ukrainian war effort". LSE IDEAS. Abrufbar unter: <https://eprints.lse.ac.uk/117570/>.
- Semchuk, Kateryna und Rowley, Thomas (2023). "Exclusive: EU concerned by Ukraine's controversial labour reforms". Open Democracy. Link: <http://www.opendemocracy.net/en/odr/ukraine-european-union-labour-law-reform/>.
- Sen, Amartya (2007). *Identity and violence: the illusions of destiny*. Penguin Books.
- Slobodyan, Olena (2023). "The anti-social ferocity of Ukrainian neo-liberals". *Commons: Journal of Social Criticism*. Abrufbar unter: <https://commons.com.ua/en/socialna-politika/>.
- Wilcox, Fred A. (2011). *Scorched earth: legacies of chemical warfare in Vietnam*. Seven Stories Press.
- Wu, Judy Tzu-Chun (2013). *Radicals on the road: internationalism, orientalism, and feminism during the Vietnam era*. Cornell University Press.
- Zhang, Chenchen (2023). "Postcolonial nationalism and the global right". *Geoforum*, Band 144, S. 1–5.

UMFRAGEN

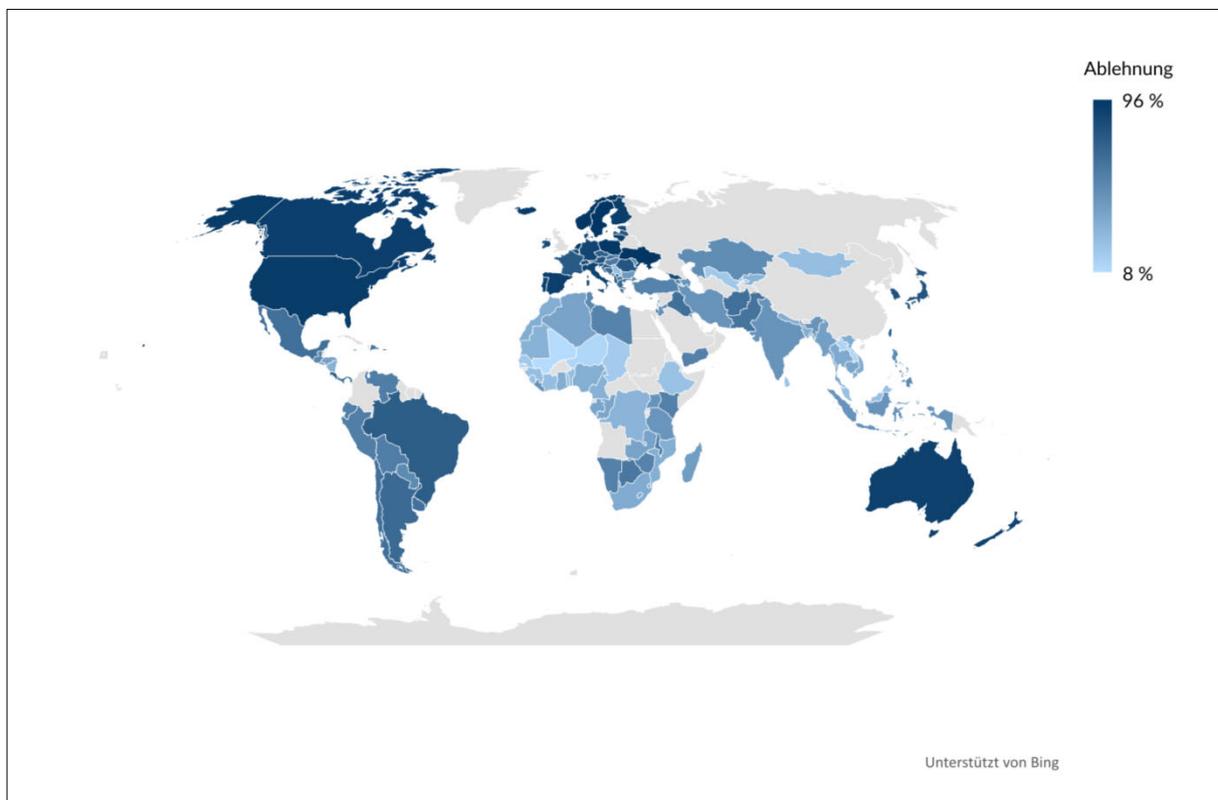
Umfragedaten: Der Globale Süden und Russlands Krieg gegen die Ukraine

Grafik 1: Bewertung von Russlands Staatsführung in der Welt (Gallup)



Quelle: Crabtree, Steve; Ritter, Zacc. Russia suffers Global Rebuke After Invasion. Gallup. 25.04.2023. <https://news.gallup.com/poll/474596/russia-suffers-global-rebuke-invasion.aspx>

Grafik 2: Ablehnung der russischen Staatsführung im globalen Vergleich – geografische Übersicht (Gallup, in Prozent)

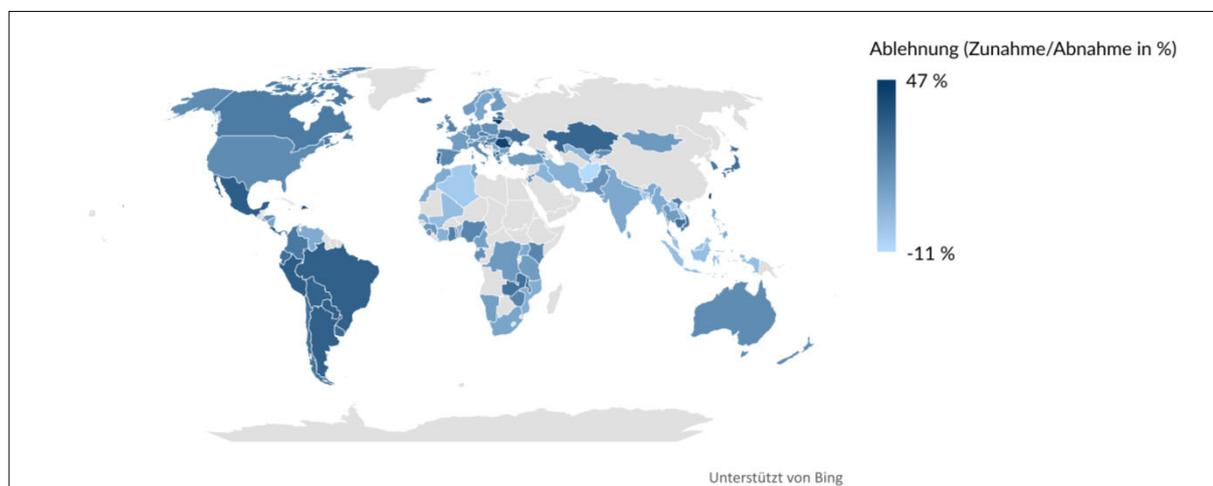


Quelle: Crabtree, Steve; Ritter, Zacc. Russia suffers Global Rebuke After Invasion. Gallup. 25.04.2023. <https://news.gallup.com/poll/474596/russia-suffers-global-rebuke-invasion.aspx>

Tabelle 1: Ablehnung der russischen Staatsführung im globalen Vergleich (Gallup, in Prozent)

Staat	Ablehnung	Staat	Ablehnung	Staat	Ablehnung
Mali	8 %	Indonesien	46 %	Griechenland	69 %
Niger	11 %	Iran	46 %	Puerto Rico	71 %
Laos	12 %	Liberia	46 %	Taiwan	72 %
Chad	17 %	Uganda	46 %	Costa Rica	73 %
Senegal	18 %	Jordanien	48 %	Luxemburg	73 %
Usbekistan	18 %	Kuwait	48 %	Tschechien	74 %
Sri Lanka	21 %	Montenegro	49 %	Brasilien	75 %
Äthiopien	22 %	Kasachstan	50 %	Frankreich	77 %
Malaysia	23 %	Paraguay	51 %	Lettland	78 %
Sierra Leone	23 %	Guatemala	52 %	Japan	79 %
Benin	24 %	Philippinen	52 %	Rumänien	79 %
Côte d'Ivoire	24 %	Tunesien	52 %	Albanien	80 %
Guinea	24 %	Zypern	54 %	Österreich	80 %
Mongolei	24 %	Moldawien	54 %	Südkorea	81 %
Serbien	24 %	Libyen	55 %	Kroatien	82 %
Togo	26 %	Türkei	55 %	Estland	84 %
Demokratische Republik Kongo	29 %	Simbabwe	55 %	Israel	84 %
Gambia	29 %	Kenia	56 %	Schweiz	84 %
Kirgistan	30 %	Namibia	56 %	Belgien	85 %
Mauretanien	30 %	Jemen	56 %	Georgien	85 %
Kamerun	31 %	Ecuador	57 %	Irland	86 %
Eswatini	31 %	Singapur	57 %	Malta	86 %
Nicaragua	31 %	Armenien	58 %	Dänemark	87 %
Jamaika	32 %	Bolivien	58 %	Deutschland	88 %
Mosambik	32 %	Malawi	58 %	Slowenien	88 %
Nigeria	32 %	Peru	58 %	Italien	89 %
Bangladesch	33 %	Venezuela	58 %	Neuseeland	89 %
Ghana	33 %	Libanon	59 %	Australien	90 %
Marokko	33 %	Mauritius	59 %	Kanada	91 %
Nepal	33 %	Türkei	59 %	Kosovo	91 %
Vietnam	33 %	Ungarn	60 %	Litauen	91 %
Lesotho	34 %	Palästina	60 %	Portugal	91 %
Südafrika	34 %	Botswana	61 %	Spanien	91 %
Thailand	35 %	Nordmazedonien	61 %	Finnland	92 %
Kambodscha	37 %	Kolumbien	63 %	England	92 %
Komoren	37 %	Dominikanische Republik	63 %	Nordirland	92 %
Kongo, Republik	37 %	Pakistan	63 %	Schottland	92 %
Gabun	37 %	Uruguay	64 %	Wales	92 %
Algerien	38 %	Afghanistan	65 %	Island	93 %
Sambia	38 %	Chile	65 %	Niederlande	93 %
Honduras	39 %	Irak	65 %	USA	93 %
El Salvador	40 %	Mexiko	65 %	Polen	95 %
Myanmar	40 %	Panama	66 %	Norwegen	96 %
Madagaskar	41 %	Slowakei	66 %	Schweden	96 %
Bulgarien	43 %	Argentinien	68 %	Ukraine	96 %
Tansania	45 %	Bosnien und Herzegowina	68 %		
Aserbaidshjan	46 %	Hongkong	68 %		
Indien	46 %				

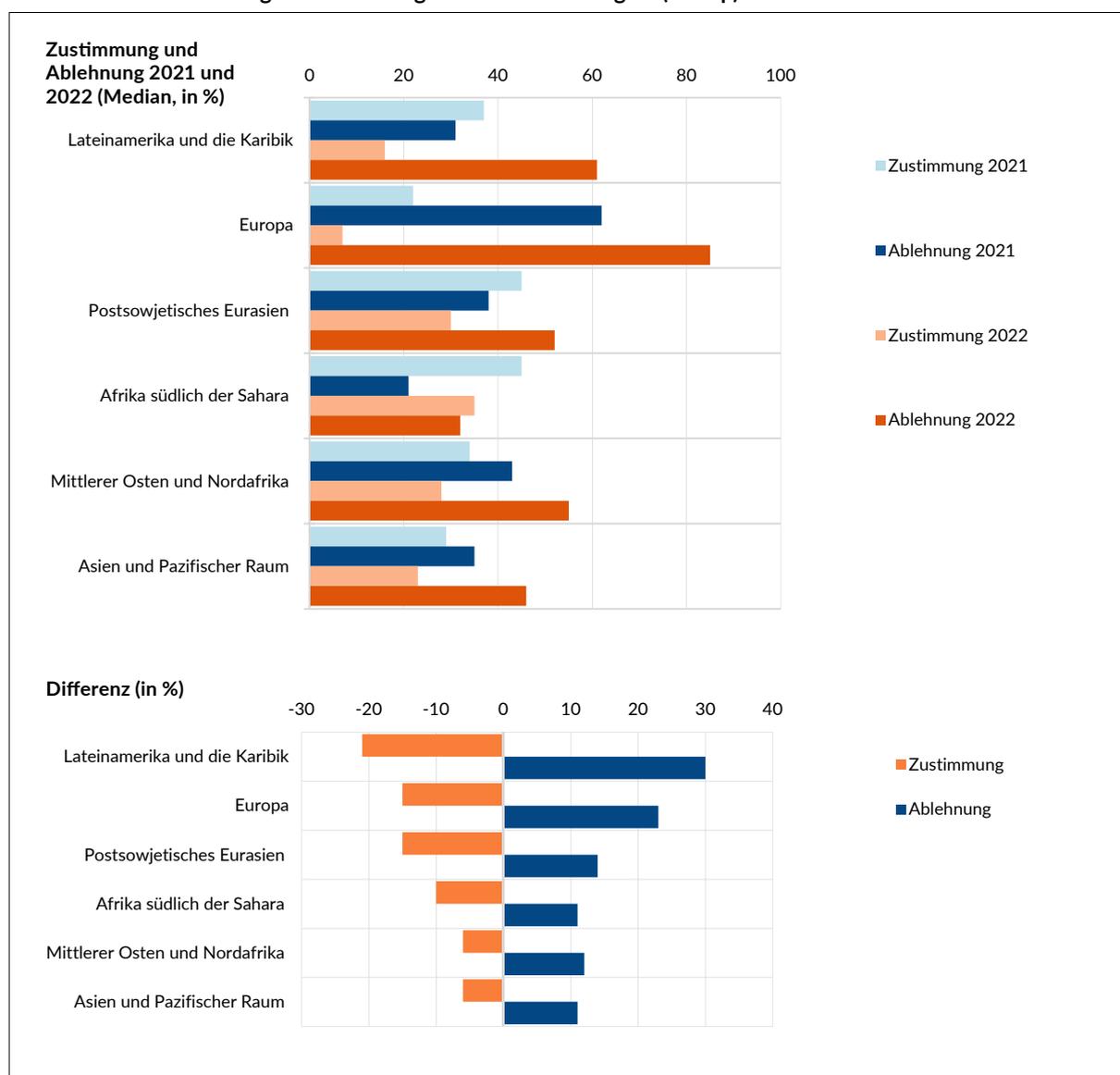
Quelle: Crabtree, Steve; Ritter, Zacc. *Russia suffers Global Rebuke After Invasion*. Gallup. 25.04.2023. <https://news.gallup.com/poll/474596/russia-suffers-global-rebuke-invasion.aspx>

Grafik 3: Veränderungen in der Ablehnung von Russlands Staatsführung zwischen 2021 und 2022 (Gallup)

Staat	Ablehnung (Zunahme/Abnahme in %)	Staat	Ablehnung (Zunahme/Abnahme in %)	Staat	Ablehnung (Zunahme/Abnahme in %)
Litauen	47 %	Vereinigtes Königreich	21 %	Norwegen	11 %
Taiwan	46 %	El Salvador	21 %	Frankreich	11 %
Rumänien	42 %	Ghana	21 %	Thailand	11 %
Costa Rica	40 %	Ungarn	21 %	Tunesien	10 %
Kroatien	39 %	Simbabwe	20 %	Namibia	10 %
Dominikanische Republik	36 %	Zypern	20 %	Kamerun	10 %
Portugal	33 %	Armenien	20 %	Bulgarien	10 %
Mexico	33 %	Kenia	19 %	Jamaika	9 %
Peru	33 %	Nigeria	19 %	Dänemark	9 %
Argentinien	32 %	Israel	19 %	Libanon	9 %
Paraguay	32 %	Spanien	18 %	Schweiz	9 %
Brasilien	32 %	Belgien	18 %	Niederlande	8 %
Singapur	32 %	Griechenland	18 %	Südafrika	8 %
Malta	32 %	Australien	17 %	Nicaragua	8 %
Slowenien	32 %	USA	17 %	Serbien	8 %
Albanien	31 %	Neuseeland	17 %	Schweden	8 %
Nordmazedonien	31 %	Italien	17 %	Indien	7 %
Bolivien	31 %	Irland	17 %	Uganda	7 %
Bosnien und Herzegovina	30 %	Kirgistan	17 %	Sri Lanka	7 %
Panama	30 %	Honduras	16 %	Myanmar	6 %
Kasachstan	30 %	Panama	16 %	Marokko	6 %
Lettland	29 %	Polen	16 %	Philippinen	6 %
Uruguay	29 %	Slowakei	15 %	Venezuela	6 %
Island	28 %	Deutschland	15 %	Mozambique	5 %
Estland	28 %	Pakistan	14 %	Iran	4 %
Kambodscha	27 %	Togo	14 %	Nepal	4 %
Ukraine	27 %	Georgien	14 %	Senegal	4 %
Japan	27 %	Moldawien	14 %	Cote d'Ivoire	4 %
Ecuador	27 %	Sierra Leone	14 %	Irak	3 %
Sambia	26 %	Guinea	13 %	Benin	3 %
Chile	26 %	Jordanien	12 %	Usbekistan	3 %
Malawi	25 %	Kongo	12 %	Mali	0 %
Südkorea	24 %	Hongkong	12 %	Indonesien	-1 %
Mauritius	24 %	Türkei	12 %	Bangladesch	-2 %
Kolumbien	24 %	Mongolei	12 %	Malaysia	-2 %
Vietnam	23 %	Österreich	11 %	Laos	-2 %
Kanada	23 %	Tansania	11 %	Algerien	-5 %
Tschechien	23 %	Kosovo	11 %	Afghanistan	-11 %
		Finnland	11 %		

Quelle: Crabtree, Steve; Ritter, Zacc. Russia suffers Global Rebuke After Invasion. Gallup. 25.04.2023. <https://news.gallup.com/poll/474596/russia-suffers-global-rebuke-invasion.aspx>

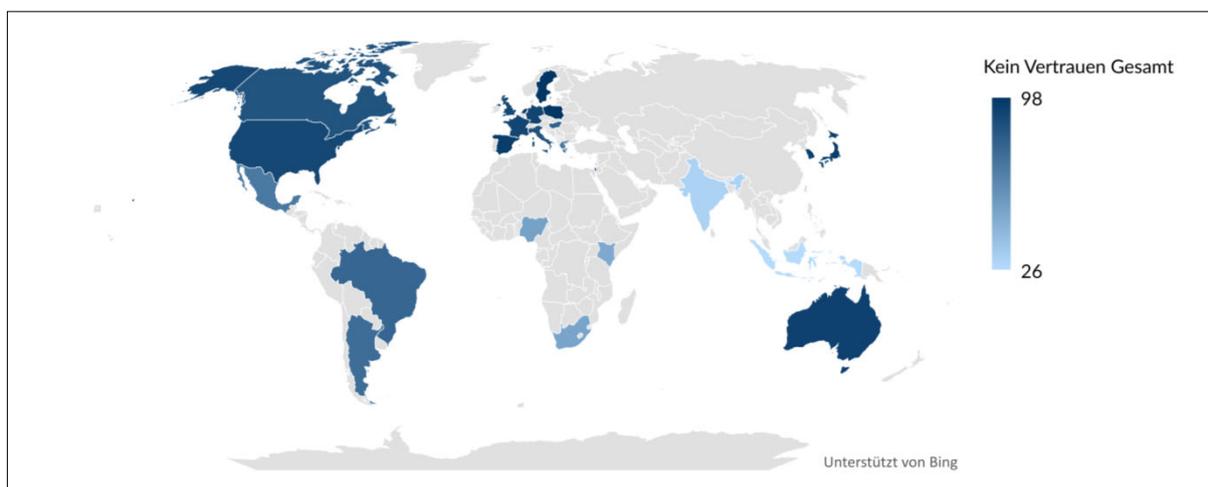
Grafik 4: Veränderung der Bewertung Russlands nach Region (Gallup)



Quelle: Crabtree, Steve; Ritter, Zacc. Russia suffers Global Rebuke After Invasion. Gallup. 25.04.2023. <https://news.gallup.com/poll/474596/russia-suffers-global-rebuke-invasion.aspx>

Grafik 5: Bewertung von Putins weltpolitischen Entscheidungen

Vertrauen der Menschen in die Fähigkeiten von Wladimir Putin, die richtigen Entscheidungen in der Weltpolitik zu treffen (Pew Research, Angaben in %).



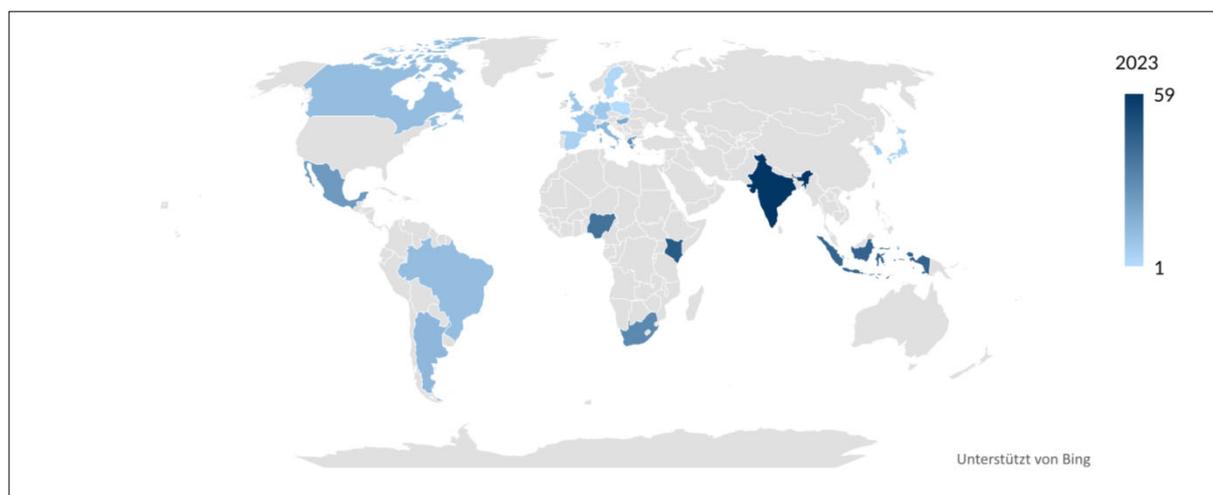
Land	Überhaupt kein Vertrauen	Eher kein Vertrauen	Wenig/viel Vertrauen	Kein Vertrauen Gesamt
USA	71	19	7	90
Kanada	73	12	12	85
Polen	92	6	1	98
Schweden	92	6	3	98
Spanien	81	14	5	95
Niederlande	85	8	7	93
Deutschland	81	11	8	92
Frankreich	82	9	8	91
Vereinigtes Königreich	80	10	9	90
Italien	65	21	14	86
Ungarn	50	29	19	79
Griechenland	52	18	29	70
Japan	79	15	4	94
Südkorea	71	23	6	94
Australien	80	13	5	93
Indien	23	7	59	30
Indonesien	7	19	43	26
Israel	70	18	10	88
Nigeria	31	20	38	51
Südafrika	37	13	30	50
Kenya	31	17	46	48
Brasilien	64	13	12	77
Argentinien	56	18	14	74
Mexiko	48	21	24	69
Median aus 24 Ländern	87		11	87

Land	Kein Vertrauen Gesamt (%)
Schweden	98
Polen	98
Spanien	95
Südkorea	94
Japan	94
Australien	93
Niederlande	93
Deutschland	92
Frankreich	91
Vereinigtes Königreich	90
USA	90
Israel	88
Median aus 24 Ländern	87
Italien	86
Kanada	85
Ungarn	79
Brasilien	77
Argentinien	74
Griechenland	70
Mexiko	69
Nigeria	51
Südafrika	50
Kenia	48
Indien	30
Indonesien	26

Quelle: Fagan, Moira; Gubbala, Sneha; Poushter, Jacob. Confidence in Putin to handle world affairs. Pew Research Center. 2023. <https://www.pewresearch.org/global/2023/07/10/confidence-in-putin-to-handle-world-affairs/>

Grafik 6: Vertrauen in Putin in den meisten Ländern bleibt niedrig

% der Menschen, die Vertrauen haben, dass Wladimir Putin die richtigen Entscheidungen in der Weltpolitik trifft (Pew Research)

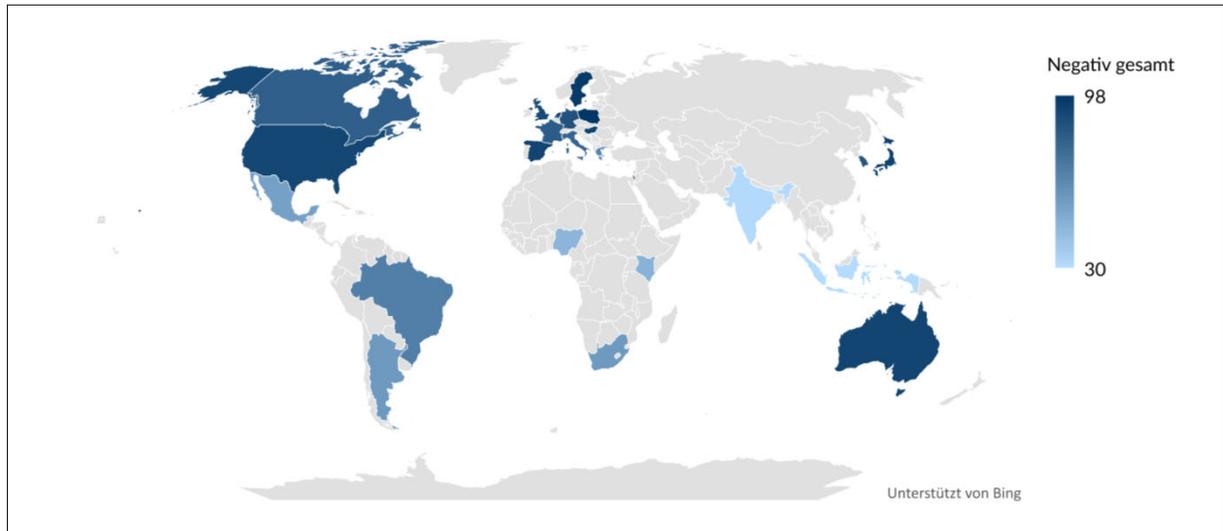


	2001	2003	2006	2007	2008	2012	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Veränderung 2022-2023
Israel	-	-	37	17	-	-	28	24	-	28	32	36	-	-	16	10	-6
Deutschland	41	75	50	32	38	22	2	23	31	25	35	36	31	27	14	8	-6
Frankreich	14	48	24	19	17	12	16	15	20	18	20	28	25	26	10	8	-2
Japan	-	-	40	19	28	27	20	22	26	28	26	26	23	22	6	4	-2
Schweden	-	-	-	23	-	-	-	-	12	12	18	17	17	14	4	3	-1
Polen	-	-	-	7	14	19	8	9	7	4	7	15	-	-	2	1	-1
Vereinigtes Königreich	26	53	33	37	28	21	20	14	20	19	22	26	23	22	9	9	0
Spanien	-	31	10	7	10	10	7	6	8	8	10	21	20	18	5	5	0
Niederlande	-	-	-	-	-	-	-	-	13	12	14	24	18	18	6	7	1
Südkorea	-	37	-	24	27	-	32	27	-	27	32	25	22	23	5	6	1
Griechenland	-	-	-	-	-	39	41	-	53	50	45	52	-	55	57	29	2
Ungarn	-	-	-	-	-	-	-	-	38	34	30	28	-	-	17	19	2
Kanada	-	54	-	36	-	-	-	17	26	19	25	29	24	20	10	12	2
Italien	24	44	-	26	-	17	18	18	31	26	31	38	37	36	11	14	3
																	Veränderung 2019-2023
Argentinien	-	-	-	5	7	-	10	20	-	19	25	30	-	-	-	14	-16
Südafrika	-	-	-	-	16	-	23	28	33	33	34	36	-	-	-	30	-6
Brasilien	-	-	-	-	-	19	12	23	-	19	16	17	-	-	-	12	-5
Mexiko	-	-	-	23	10	16	13	19	-	19	20	28	-	-	-	24	-4
Nigeria	-	-	-	-	-	-	30	44	28	39	39	41	-	-	-	38	-3
Kenia	-	-	-	50	-	-	50	37	27	33	38	39	-	-	-	46	7
Indonesien	-	-	21	22	18	-	8	25	-	31	35	36	-	-	-	43	7
Indien	-	-	-	-	-	-	24	36	24	29	-	42	-	-	-	59	17
USA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7	
Australien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	

Höchste Einschätzung

Niedrigste Einschätzung

Quelle: Fagan, Moira; Gubbala, Sneha; Poushter, Jacob. Confidence in Putin to handle world affairs. Pew Research Center. 2023. <https://www.pewresearch.org/global/2023/07/10/confidence-in-putin-to-handle-world-affairs/>

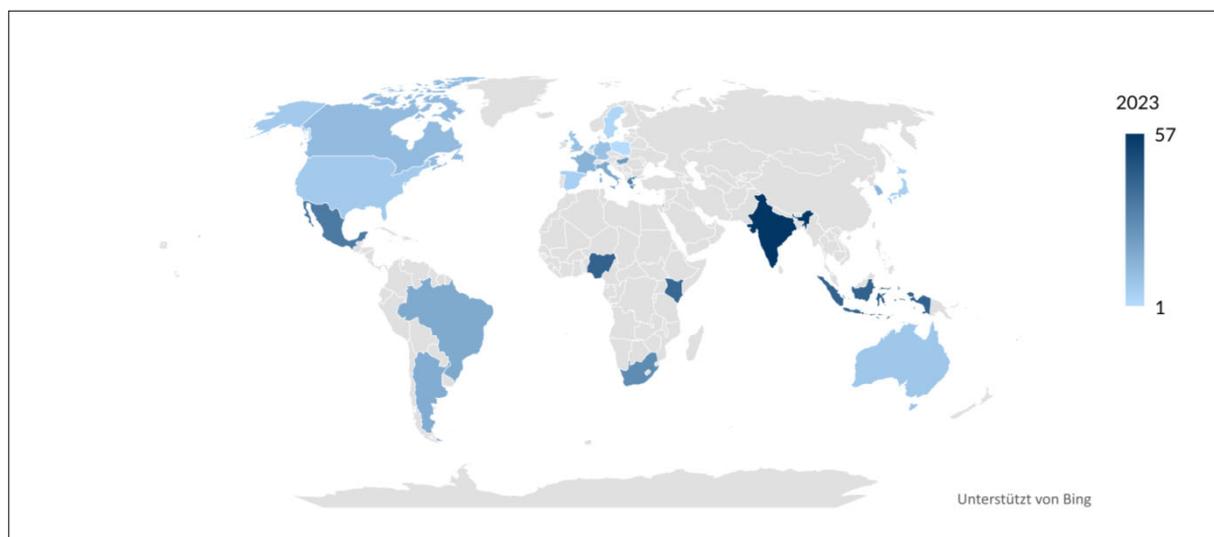
Grafik 7: Einschätzungen gegenüber Russland sind weitgehend negativ und in einigen Ländern sehr negativ**Meinung zu Russland (Pew Research, in %)**

Land	Sehr Negativ	Negativ	(Sehr) Positiv	Negativ gesamt
USA	62	29	7	91
Kanada	61	20	12	81
Polen	90	8	1	98
Schweden	82	14	3	96
Spanien	63	29	5	92
Niederlande	71	20	7	91
Vereinigtes Königreich	67	23	10	90
Deutschland	49	37	10	86
Frankreich	52	30	15	82
Italien	49	30	18	79
Ungarn	39	34	23	93
Griechenland	32	34	32	66
Japan	68	25	5	93
Australien	70	22	8	92
Südkorea	46	39	14	85
Indien	18	13	57	31
Indonesien	6	24	42	30
Israel	58	25	13	83
Südafrika	46	11	8	57
Kenia	29	18	40	47
Nigeria	26	20	42	46
Brasilien	27	41	18	68
Argentinien	35	22	17	57
Mexiko	30	24	34	54
Median aus 24 Ländern	82		15	82

Land	Negativ gesamt
Polen	98
Schweden	96
Japan	93
Ungarn	93
Australien	92
Spanien	92
Niederlande	91
USA	91
Vereinigtes Königreich	90
Deutschland	86
Südkorea	85
Israel	83
Median aus 24 Ländern	82
Frankreich	82
Kanada	81
Italien	79
Brasilien	68
Griechenland	66
Argentinien	57
Südafrika	57
Mexiko	54
Kenia	47
Nigeria	46
Indien	31
Indonesien	30

Quelle: Fagan, Moira; Gubbala, Sneha; Poushter, Jacob. Confidence in Putin to handle world affairs. Pew Research Center. 2023. <https://www.pewresearch.org/global/2023/07/10/confidence-in-putin-to-handle-world-affairs/>

Grafik 8: Einschätzung zu Russland bleiben gering und erreichen Tiefststände in vielen Ländern
% der Menschen, die Russland in einem positiven Licht sehen (Pew Research)



	2007	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2017	2018	2019	2020	2022	2023	Veränderung 2022-2023
Israel	29	31	-	29	-	21	30	25	35	34	45	-	19	13	-6
Deutschland	34	2	50	47	33	32	19	27	27	35	35	30	16	10	-6
Spanien	35	36	40	46	36	38	18	25	27	24	29	31	8	5	-3
Schweden	31	-	-	-	-	-	-	-	18	17	12	16	5	3	-2
Japan	22	23	30	28	22	27	32	21	26	26	25	18	6	5	-1
Polen	34	33	45	35	34	36	12	15	21	22	33	-	2	1	-1
Vereinigtes Königreich	47	45	46	50	38	38	25	18	26	22	26	24	10	10	0
Niederlande	-	-	-	-	-	-	-	-	15	15	23	22	7	7	0
USA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	15	7	7	0
Frankreich	35	43	51	53	36	36	26	30	36	30	33	35	14	15	1
Südkorea	54	50	40	-	-	53	43	46	36	53	42	39	13	14	1
Ungarn	-	-	-	-	-	-	-	-	39	38	35	-	21	23	2
Kanada	52	51	-	-	-	42	-	26	27	27	30	30	10	12	2
Australien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18	6	8	2
Italien	37	-	-	-	23	31	20	27	35	37	43	48	14	18	4
Griechenland	-	-	-	-	61	63	61	-	64	52	58	-	27	32	5
															Veränderung 2019-2023
Argentinien	19	23	24	-	-	26	19	27	27	34	36	-	-	17	-19
Brasilien	-	-	38	33	27	34	24	26	35	35	34	-	-	18	-16
Mexiko	38	29	25	23	25	28	21	24	32	37	39	-	-	34	-5
Südafrika	-	-	-	-	-	26	25	25	28	34	33	-	-	28	-5
Nigeria	-	-	53	-	-	38	41	39	45	41	41	-	-	42	1
Kenia	57	35	47	34	-	47	49	35	27	40	38	-	-	40	2
Indonesien	36	32	38	35	-	43	38	28	36	46	39	-	-	42	3
Indien	-	-	-	-	-	45*	39	43	47	-	49	-	-	57	8

Höchste Einschätzung

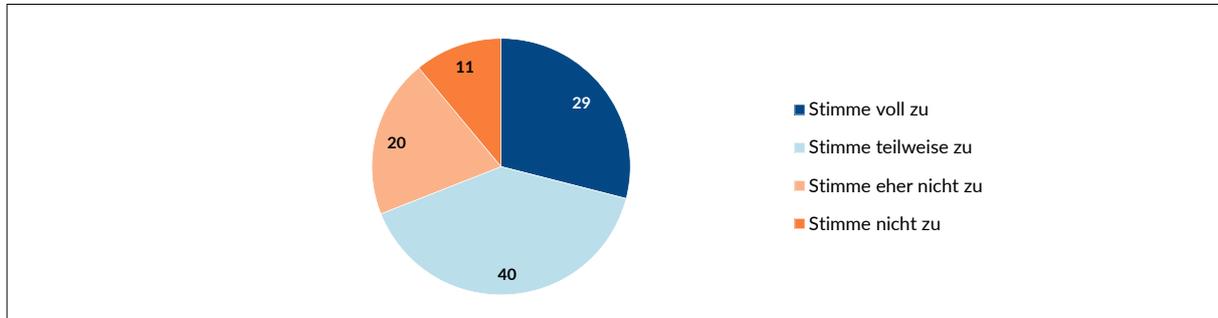
Niedrigste Einschätzung

* Umfrage, welche im Winter 2013/2014 durchgeführt wurde

Quelle: Fagan, Moira; Gubbala, Sneha; Poushter, Jacob. Confidence in Putin to handle world affairs. Pew Research Center. 2023. <https://www.pewresearch.org/global/2023/07/10/confidence-in-putin-to-handle-world-affairs/>

Grafik 9: Durchschnittliche Unterstützung für die Ukraine

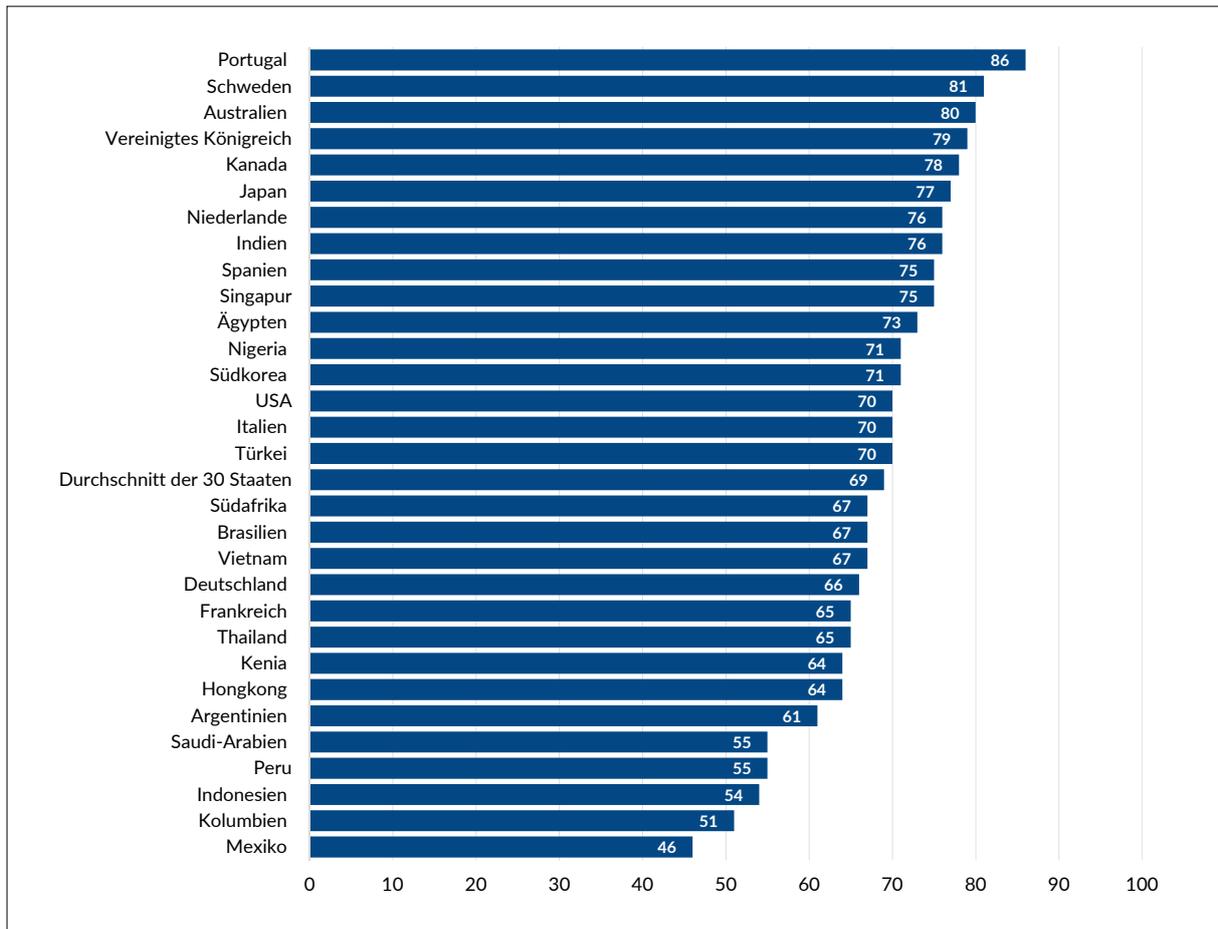
Frage: »Unsere Regierung sollte die Ukraine unterstützen«
 Durchschnitt der Antworten von 30 Staaten (ausgenommen China) in %, 2023 (Globescan)



Quelle: Globescan. Seven in Ten People Across the World Want Their Governments to Support Ukraine. 18.10.2023. Online verfügbar <https://globescan.com/2023/10/18/seven-in-ten-people-want-their-governments-to-support-ukraine/>

Grafik 10: Unterstützung für die Ukraine nach Staat

Frage: »Unsere Regierung sollte die Ukraine unterstützen«
 »Stimme voll zu« und »Stimme teilweise zu« geordnet nach Land (ausgenommen China) in %, 2023 (Globescan)



Quelle: Globescan. Seven in Ten People Across the World Want Their Governments to Support Ukraine. 18.10.2023. Online verfügbar <https://globescan.com/2023/10/18/seven-in-ten-people-want-their-governments-to-support-ukraine/>

DOKUMENTATION

Abstimmungen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Tabelle 1: Abstimmungsergebnisse bei UN-Resolutionen mit Bezug zu Russlands Krieg gegen die Ukraine (2022–2023)

Länder	A/RES/ES-11/1 »Aggression gegen die Ukraine«, 02. 03.2022	A/RES/ES-11/2 »Humanitäre Konsequenzen der Aggression gegen die Ukraine«, 24.03.2022	A/RES/ES-11/4 »Territoriale Unversehrtheit der Ukraine: Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen«, 12.10.2022	A/RES/ES-11/6 »Grundsätze der Vereinten Nationen, die einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zugrunde liegen«, 23.02.2023
Afghanistan	+	+	+	+
Ägypten	+	+	+	+
Albanien	+	+	+	+
Algerien	x	x	x	x
Andorra	+	+	+	+
Angola	+	x	+	x
Antigua und Barbuda	+	+	+	+
Äquatorialguinea	x	x		
Argentinien	+	+	+	+
Armenien	x	x	x	x
Aserbaidshan				
Äthiopien		x	x	x
Australien	+	+	+	+
Bahamas	+	+	+	+
Bahrain	+	+	+	+
Bangladesch	x	+	+	x
Barbados	+	+	+	+
Belarus	☐	☐	☐	☐
Belgien	+	+	+	+
Belize	+	+	+	+
Benin	+	+	+	+
Bhutan	+	+	+	+
Bolivien	x	x	x	x
Bosnien und Herzegowina	+	+	+	+
Botswana	+	x	+	+
Brasilien	+	+	+	+
Brunei Darussalam	+	x	+	+
Bulgarien	+	+	+	+
Burkina Faso				
Burundi	x	x	x	x
Chile	+	+	+	+
China	x	x	x	x
Costa Rica	+	+	+	+
D. R. Kongo	+	+	+	+
Dänemark	+	+	+	+
Deutschland	+	+	+	+
Dominica	+		+	
Dominikanische Republik	+	+	+	+
Dschibuti	+	+		+

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Abstimmungsergebnisse bei UN-Resolutionen mit Bezug zu Russlands Krieg gegen die Ukraine (2022–2023) Fortsetzung)

Länder	A/RES/ES-11/1 »Aggression gegen die Ukraine«, 02. 03.2022	A/RES/ES-11/2 »Humanitäre Konsequenzen der Aggression gegen die Ukraine«, 24.03.2022	A/RES/ES-11/4 »Territoriale Unversehrtheit der Ukraine: Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen«, 12.10.2022	A/RES/ES-11/6 »Grundsätze der Vereinten Nationen, die einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zugrunde liegen«, 23.02.2023
Ecuador	+	+	+	+
El Salvador	x	x		x
Elfenbeinküste	+	+	+	+
Eritrea	-	-	x	-
Estland	+	+	+	+
Eswatini		x	x	
Fidschi	+	+	+	+
Finnland	+	+	+	+
Frankreich	+	+	+	+
Gabun	+	+	+	x
Gambia	+	+	+	+
Georgien	+	+	+	+
Ghana	+	+	+	+
Grenada	+	+	+	
Griechenland	+	+	+	+
Guatemala	+	+	+	+
Guinea			x	x
Guinea-Bissau		x	+	
Guyana	+	+	+	+
Haiti	+	+	+	+
Honduras	+	+	x	+
Indien	x	x	x	x
Indonesien	+	+	+	+
Irak	x	+	+	+
Iran (Islamische Republik)	x	x		x
Irland	+	+	+	+
Island	+	+	+	+
Israel	+	+	+	+
Italien	+	+	+	+
Jamaika	+	+	+	+
Japan	+	+	+	+
Jemen	+	+	+	+
Jordanien	+	+	+	+
Kambodscha	+	+	+	+
Kamerun				
Kanada	+	+	+	+
Kap Verde	+	+	+	+
Kasachstan	x	x	x	x
Katar	+	+	+	+
Kenia	+	+	+	+
Kirgistan	x	x	x	x
Kiribati	+	+	+	+

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Abstimmungsergebnisse bei UN-Resolutionen mit Bezug zu Russlands Krieg gegen die Ukraine (2022–2023) Fortsetzung)

Länder	A/RES/ES-11/1 »Aggression gegen die Ukraine«, 02. 03.2022	A/RES/ES-11/2 »Humanitäre Konsequenzen der Aggression gegen die Ukraine«, 24.03.2022	A/RES/ES-11/4 »Territoriale Unversehrtheit der Ukraine: Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen«, 12.10.2022	A/RES/ES-11/6 »Grundsätze der Vereinten Nationen, die einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zugrunde liegen«, 23.02.2023
Kolumbien	+	+	+	+
Komoren	+		+	+
Kongo	x	x	x	x
Kroatien	+	+	+	+
Kuba	x	x	x	x
Kuwait	+	+	+	+
Laos	x	x	x	x
Lesotho	+	+	x	+
Lettland	+	+	+	+
Libanon	+	+	+	
Liberia	+	+	+	+
Libyen	+	+	+	+
Liechtenstein	+	+	+	+
Litauen	+	+	+	+
Luxemburg	+	+	+	+
Madagaskar	x	x	+	+
Malawi	+	+	+	+
Malaysia	+	+	+	+
Malediven	+	+	+	+
Mali	x	x	x	-
Malta	+	+	+	+
Marokko			+	+
Marschallinseln	+	+	+	+
Mauretanien	+	+	+	+
Mauritius	+	+	+	+
Mexiko	+	+	+	+
Mikronesien	+	+	+	+
Moldawien	+	+	+	+
Monaco	+	+	+	+
Mongolei	x	x	x	x
Montenegro	+	+	+	+
Mosambik	x	x	x	x
Myanmar	+	+	+	+
Namibia	x	x	x	x
Nauru	+	+	+	+
Nepal	+	+	+	+
Neuseeland	+	+	+	+
Nicaragua	x	x	-	-
Niederlande	+	+	+	+
Niger	+	+	+	+
Nigeria	+	+	+	+
Nordmazedonien	+	+	+	+

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Abstimmungsergebnisse bei UN-Resolutionen mit Bezug zu Russlands Krieg gegen die Ukraine (2022–2023) Fortsetzung)

Länder	A/RES/ES-11/1 »Aggression gegen die Ukraine«, 02. 03.2022	A/RES/ES-11/2 »Humanitäre Konsequenzen der Aggression gegen die Ukraine«, 24.03.2022	A/RES/ES-11/4 »Territoriale Unversehrtheit der Ukraine: Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen«, 12.10.2022	A/RES/ES-11/6 »Grundsätze der Vereinten Nationen, die einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zugrunde liegen«, 23.02.2023
Norwegen	+	+	+	+
Oman	+	+	+	+
Österreich	+	+	+	+
Pakistan	x	x	x	x
Palau	+	+	+	+
Panama	+	+	+	+
Papua Neuguinea	+	+	+	+
Paraguay	+	+	+	+
Peru	+	+	+	+
Philippinen	+	+	+	+
Polen	+	+	+	+
Portugal	+	+	+	+
Republik Korea	+	+	+	+
Ruanda	+	+	+	+
Rumänien	+	+	+	+
Russische Föderation	-	-	-	-
Salomonen	+	+	+	+
Sambia	+	+	+	+
Samoa	+	+	+	+
San Marino	+	+	+	+
Sankt Kitts und Nevis	+	+	+	+
Sankt Lucia	+	+	+	+
Sankt Vincent und die Grenadinen	+	+	+	+
São Tomé und Príncipe	+	+		+
Saudi-Arabien	+	+	+	+
Schweden	+	+	+	+
Schweiz	+	+	+	+
Senegal	x	+	+	
Serbien	+	+	+	+
Seychellen	+	+	+	+
Sierra Leone	+	+	+	+
Simbabwe	x	x	x	x
Singapur	+	+	+	+
Slowakei	+	+	+	+
Slowenien	+	+	+	+
Somalia	+		+	+
Spanien	+	+	+	+
Sri Lanka	x	x	x	x
Südafrika	x	x	x	x
Sudan	x	x	x	x
Südsudan	x	+	x	+
Suriname	+	+	+	+

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Abstimmungsergebnisse bei UN-Resolutionen mit Bezug zu Russlands Krieg gegen die Ukraine (2022–2023) Fortsetzung)

Länder	A/RES/ES-11/1 »Aggression gegen die Ukraine«, 02. 03.2022	A/RES/ES-11/2 »Humanitäre Konsequenzen der Aggression gegen die Ukraine«, 24.03.2022	A/RES/ES-11/4 »Territoriale Unversehrtheit der Ukraine: Verteidigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen«, 12.10.2022	A/RES/ES-11/6 »Grundsätze der Vereinten Nationen, die einem umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine zugrunde liegen«, 23.02.2023
Syrien	-	-	-	-
Tadschikistan	x	x	x	x
Tansania	x	x	x	
Thailand	+	+	x	+
Timor-Leste	+	+	+	+
Togo		x	x	x
Tonga	+	+	+	+
Trinidad und Tobago	+	+	+	+
Tschad	+	+	+	+
Tschechische Republik	+	+	+	+
Tunesien	+	+	+	+
Türkei	+	+	+	+
Turkmenistan				
Tuvalu	+	+	+	+
Uganda	x	x	x	x
Ukraine	+	+	+	+
Ungarn	+	+	+	+
Uruguay	+	+	+	+
USA	+	+	+	+
Usbekistan		x	x	x
Vanuatu	+	+	+	+
Venezuela				
Vereinigte Arabische Emirate	+	+	+	+
Vereinigtes Königreich	+	+	+	+
Vietnam	x	x	x	x
Volksrepublik Korea	-	-	-	-
Zentralafrikanische Republik	x	x	x	x
Zypern	+	+	+	+

Legende:

Dafür (+)	Dagegen (-)	Enthaltung (x)	Nicht anwesend
-----------	-------------	----------------	----------------

Quellen: United Nations Resolution A/RES/ES-11/1. Aggression against Ukraine. <https://digitallibrary.un.org/record/3959039>; United Nations Resolution A/RES/ES-11/2. Humanitarian consequences of the aggression against Ukraine. <https://digitallibrary.un.org/record/3965954?ln=en>; United Nations Resolution A/RES/ES-11/4. Territorial Integrity of Ukraine. <https://digitallibrary.un.org/record/3990400?ln=en>; United Nations Resolution A/RES/ES-11/6. Principles of the Charter of the United Nations underlying a comprehensive, just and lasting peace in Ukraine. <https://digitallibrary.un.org/record/4003921>

Auf der nächsten Seite finden Sie Lesetipps zum Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Lesetipps: Analysen zum Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Mohammad Reza Farzanegana und Hassan F. Gholipour. 2023. »Russia's invasion of Ukraine and votes in favor of Russia in the UN General Assembly«, in: *International Interactions* 49(3), S. 454–470. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/03050629.2023.2179046>

Zusammenfassung der Studie:

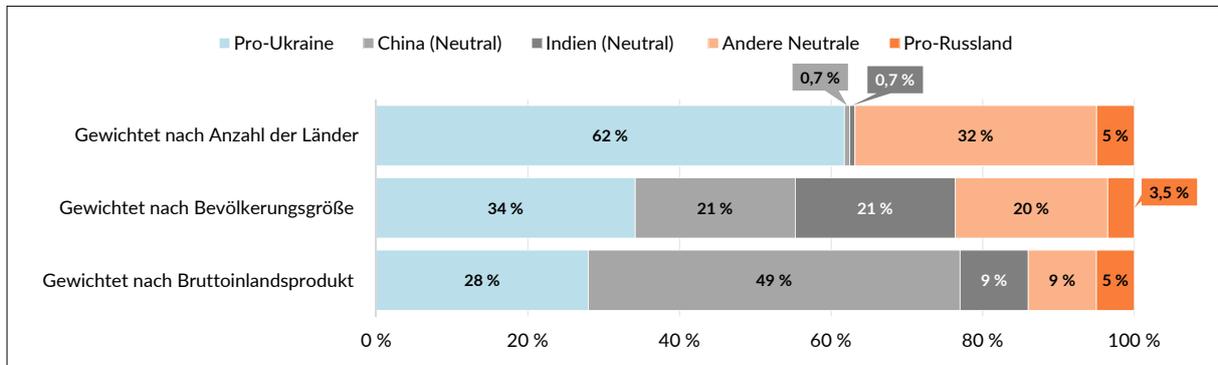
»Warum haben sich einige Länder geweigert, den Einmarsch Russlands in die Ukraine auf der ersten Dringlichkeitsitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen seit 1997 zu verurteilen? Unsere Forschung untersucht die verschiedenen wirtschaftlichen, militärischen, politischen, geografischen und historischen Faktoren, die das Abstimmungsverhalten dieser Länder zugunsten Russlands beeinflussen haben könnten. Unsere Probit-Regressionen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, für Russland zu stimmen, in Ländern, die mit Russland Kooperationsabkommen im Verteidigungsbereich geschlossen haben, die seit längerer Zeit linksgerichtete Regierungen haben, die wichtige Empfänger russischer Hilfe sind, die politische Ähnlichkeiten mit Russland aufweisen und die keine kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion hatten, signifikant und robust höher ist.«

Alessia Amighini und Alicia García-Herrero. 2023. »What really influences United Nations voting on Ukraine?« *Bruegel Analysis*, 3. Mai, <https://www.bruegel.org/analysis/what-really-influences-united-nations-voting-ukraine>.

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie:

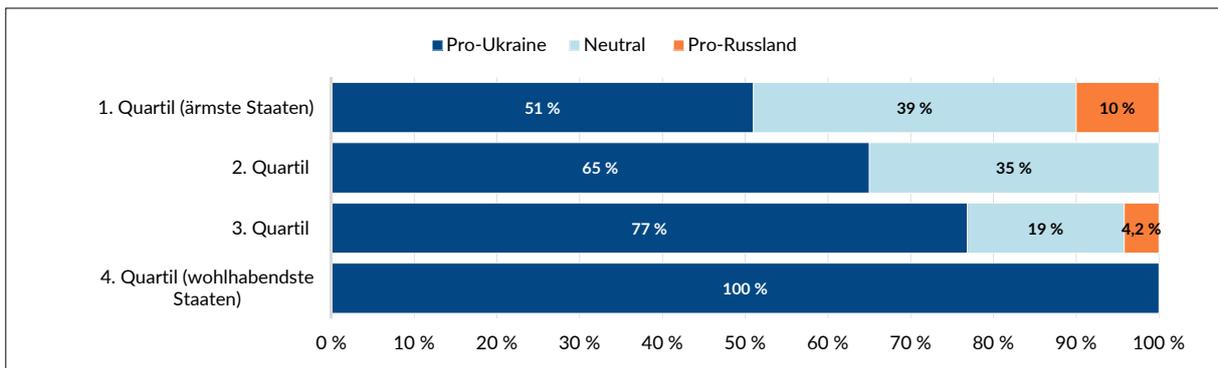
»In Bezug auf den wirtschaftlichen Einfluss finden wir empirische Belege für die Hypothese, dass das Abstimmungsverhalten der Länder vor allem durch den Handel mit Russland (insbesondere den Importanteil) beeinflusst wurde. Einfuhren aus Russland beeinflussten die Wahrscheinlichkeit, für Russland zu stimmen, positiv. Dies ist über verschiedene Modelle hinweg ein konsistentes Ergebnis. Ein stärkerer Handel mit China, gemessen an der Export- oder Importhandelsintensität, kann jedoch das UN-Abstimmungsverhalten zur Ukraine nicht erklären. Auch Abkommen mit Russland (präferenzielle Handelsabkommen oder bilaterale Investitionsabkommen) oder russische Direktinvestitionen liefern keine signifikanten Ergebnisse. Unter den nicht-wirtschaftlichen Faktoren beeinflussten sowohl die Verteidigungszusammenarbeit mit Russland als auch die Beteiligung an Chinas Neuer Seidenstraße (Belt and Road Initiative) die Wahrscheinlichkeit, nicht für die Ukraine zu stimmen. Die Stimmenthaltung wurde hauptsächlich durch die Zugehörigkeit zum Globalen Süden beeinflusst, während die Zustimmung zu Russland durch die in der jüngsten Vergangenheit erhaltenen beträchtlichen Beträge an staatlicher Hilfe aus Russland beeinflusst wurde. Unsere Ergebnisse stimmen teilweise mit denen von Mohammad Reza Farzanegan und Hassan F. Gholipour (s. Farzanegan und Gholipour, 2023, *Russia's invasion of Ukraine and votes in favor of Russia in the UN General Assembly*, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/03050629.2023.2179046>) überein, die die Bedeutung der Handelsbeziehungen mit Russland für die Positionen der Länder bei der UN-Abstimmung am 2. März 2022 aufzeigten, bei der Russland aufgefordert wurde, seine Truppen aus der Ukraine abzuziehen. Darüber hinaus stellen wir fest, dass bedeutende Hard- und Soft-Power-Faktoren am Werk sind, einschließlich der Verteidigungszusammenarbeit und der Auslandshilfe Russlands, zusammen mit Hinweisen auf Chinas Einfluss durch seine Neue Seidenstraße und auf die Zugehörigkeit zum Globalen Süden. Dies beeinflusste die Entscheidungen der Länder, bei Abstimmungen neutrale Positionen einzunehmen, erheblich.«

Grafik 1: Staaten des Globalen Südens stimmen in der UN-Generalversammlung in Bezug auf Russlands Krieg in der Ukraine gemischt ab: Stimmen aus Ländern des Globalen Südens für die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 23.02.2023, in der Russland aufgefordert wird, die Ukraine zu verlassen



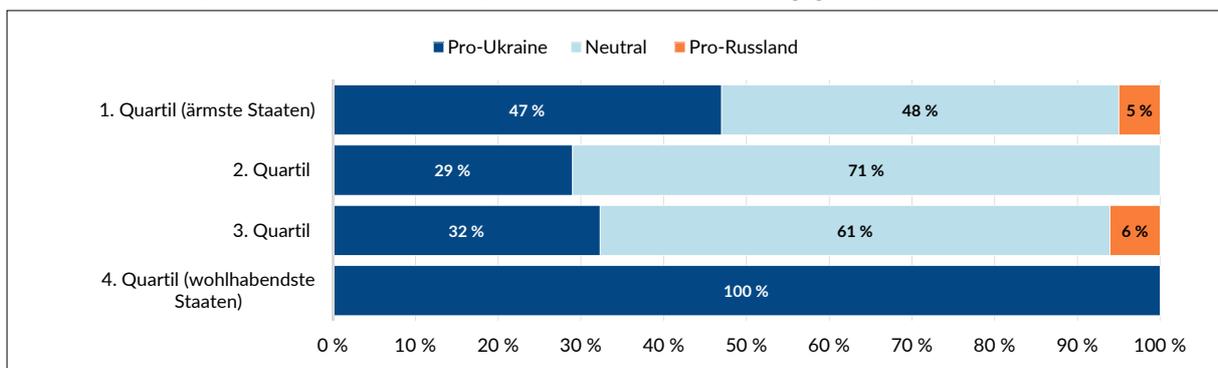
Quelle: Nicolas Veron. Much of the Global South is on Ukraine's side. PIIE. 08.03.2023. <https://www.piie.com/blogs/realtime-economics/much-global-south-ukraines-side>

Grafik 2a: Unterstützung für die Ukraine beim Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen korreliert mit Wohlstand: Stimmen aus Ländern des Globalen Südens für die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 23.02.2023, in der Russland aufgefordert wird, die Ukraine zu verlassen (Gewichtet nach der Anzahl von Ländern)



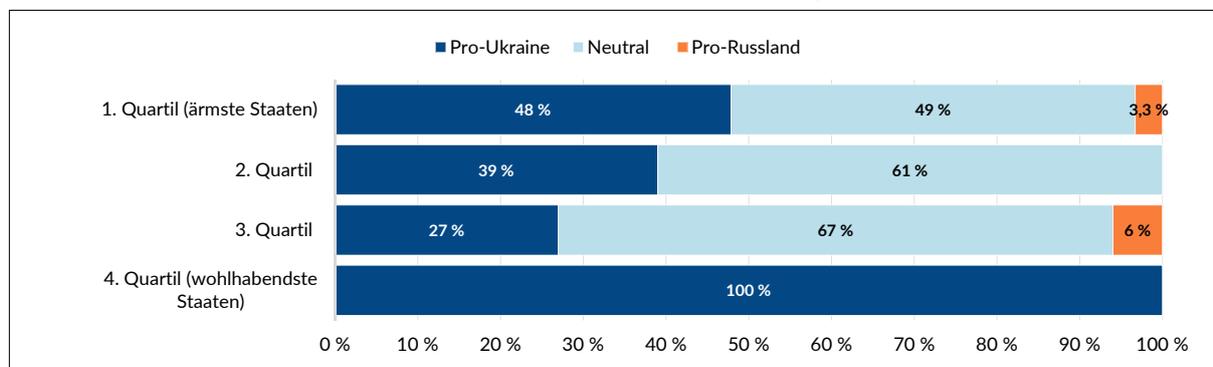
Quelle: Nicolas Veron. Much of the Global South is on Ukraine's side. PIIE. 08.03.2023. <https://www.piie.com/blogs/realtime-economics/much-global-south-ukraines-side>

Grafik 2b: Unterstützung für die Ukraine beim Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen korreliert mit Wohlstand: Stimmen aus Ländern des Globalen Südens für die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 23.02.2023, in der Russland aufgefordert wird, die Ukraine zu verlassen (Gewichtet nach Bevölkerungsgröße)



Quelle: Nicolas Veron. Much of the Global South is on Ukraine's side. PIIE. 08.03.2023. <https://www.piie.com/blogs/realtime-economics/much-global-south-ukraines-side>

Grafik 2c: Unterstützung für die Ukraine beim Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen korreliert mit Wohlstand: Stimmen aus Ländern des Globalen Südens für die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 23.02.2023, in der Russland aufgefordert wird, die Ukraine zu verlassen (Gewichtet nach Bruttoinlandsprodukt)



Quelle: Nicolas Veron. *Much of the Global South is on Ukraine's side*. PIIE. 08.03.2023. <https://www.piie.com/blogs/realtime-economics/much-global-south-ukraines-side>

CHRONIK

16. – 27. Oktober 2023

16.10.2023	Der amtierende Vorsitzende der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Bujar Osmani, trifft am 16. Oktober zu Gesprächen mit ukrainischen Spitzenbeamten in Kyjiw ein, unter anderem mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba.
16.10.2023	Fünf russische Suchoi-Angriffsflugzeuge fliegen einen Angriff auf vier Siedlungen im Bezirk Beryslaw in der Oblast Cherson und werfen neun gelenkte Luftbomben ab.
16.10.2023	Der ukrainische Sicherheitsdienst (SBU) teilt mit, dass er 57 ukrainische Kollaborateure identifiziert habe, die an der Folterung von Ukrainer:innen im Gebiet Cherson beteiligt gewesen sein sollen.
17.10.2023	Die Ukraine setzt erstmals von den USA gelieferte taktische Langstreckenraketen des Typs ATACMS ein. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt dazu in seiner abendlichen Videoansprache, dass sich die ATACMS bewährt hätten und dankt den USA für deren Bereitstellung.
17.10.2023	Laut dem Ministerium für Wiedereingliederung sind seit Herbst 2022 über 67.000 Menschen aus den befreiten Gebieten der Oblaste Cherson und Charkiw in sicherere Regionen der Ukraine evakuiert worden.
17.10.2023	Laut einem veröffentlichten Bericht der Vereinten Nationen summieren sich die Schäden durch die Zerstörung des Kachowka-Staudamms durch Russland auf fast 14 Mrd. US-Dollar.
17.10.2023	Das Integrationsministerium gibt an, dass ein Fonds von 180.000.000 Hrywnja (4,5 Mio. Euro) für die Unterstützung ukrainischer Kriegsgefangener und ihrer Familien bereitgestellt wird.
17.10.2023	Im Rahmen einer Rettungsaktion des ukrainischen Netzwerks für Kinderrechte und des Ministeriums für Wiedereingliederung sind drei weitere, von Russland verschleppte, ukrainische Kinder zu ihren Eltern in das von Kyjiw kontrollierte Gebiet zurückgekehrt. Russland verschleppt seit des Überfalls auf die Ukraine systematisch ukrainische Kinder. Dies erfüllt nach völkerrechtlichen Konventionen einen Tatbestand für den Völkermord.
18.10.2023	Laut der New York Times sollen die USA insgesamt 20 taktische Raketensysteme ATACMS an die Ukraine geliefert haben. Die Lieferung wurde geheim gehalten, um das Überraschungsmoment zu wahren und weil man befürchtete, dass Russland die Lieferung angreifen würde. Die Ukraine hatte am Vortrag den russischen Streitkräften bei einem Angriff mit diesem System erheblichen Schaden zugefügt.

18.10.2023	Das ukrainische Ministerium für Bildung und Wissenschaft sagt, dass es anstrebe, Kurse zur Bedienung von Drohnen in den Lehrplan aufzunehmen. Die Kurse sollen Teil des Fachs »Verteidigung der Ukraine« an ukrainischen Schulen werden.
18.10.2023	Das Bezirksgericht Swjatoschyn in Kyjiw verkündet die Urteile für fünf ehemalige Berkut-Bereitschaftspolizisten, denen die Tötung von Demonstranten bei den Euromaidan-Protesten im Februar 2014 vorgeworfen wird. Drei von ihnen werden zu 15-jährigen Haftstrafen verurteilt, befinden sich jedoch nach einem Gefangenenaustausch in Russland. Die anderen beiden befinden sich in der Ukraine, erhalten allerdings keine Haftstrafen.
18.10.2023	Nach Angaben des EU-Kommissars für Beschäftigung und soziale Rechte, Nicolas Schmit, haben ukrainische Flüchtlinge den Arbeitskräftemangel in vielen EU-Ländern verringert und die Beschäftigungsquote verbessert. Die neuesten Zahlen zeigen, dass 1,87 Millionen Ukrainer:innen in 19 EU-Ländern einen Arbeitsvertrag unterzeichnet haben.
19.10.2023	Das ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, verabschiedet in erster Lesung einen Gesetzentwurf, der ein Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP) vorsieht. Die UOK-MP soll laut dem ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU) private Militärfirmen betreiben, um Kämpfer für den Einsatz in der Ukraine auszubilden. Die Kirche soll für diese Aktivitäten Gelder von Finanz- und Industriekonzerne erhalten haben, die dem russischen Staat naheständen. Diese Gelder wurden als »wohltätige Beiträge« für den »Bau von Kirchen« deklariert.
19.10.2023	Die Leiterin der Internationalen Kommission für vermisste Personen (ICMP) sagt, dass seit Beginn der russischen Invasion etwa 30.000 Zivilist:innen in der Ukraine vermisst werden.
20.10.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal sagt, dass sich der von Russland verursachte Schaden an der ukrainischen Umwelt auf fast 60 Milliarden US-Dollar belaufe. Am selben Tag äußert sich der ukrainische Generalstaatsanwalt Andrij Kostin außerdem, dass die Ukraine als erstes Land der Welt plane, die Zerstörung der Umwelt als Kriegsverbrechen zu untersuchen. Denn durch die gezielte Zerstörung der Umwelt versuche Russland »das zukünftige Leben der Ukrainer:innen zu zerstören«, so Kostin. Laut Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko hat Russland bereits 2.500 Verbrechen gegen die Umwelt begangen.
20.10.2023	Metropolit Pawlo, ein hochrangiges Mitglied des Klerus der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP), wird vom ukrainischen Sicherheitsdienst (SBU) beschuldigt, an subversiven Aktivitäten gegen die Ukraine beteiligt zu sein.
20.10.2023	Die niederländische Botschaft in den USA zeichnet den ukrainischen Aktivist und Journalisten Maksym Butkevych, der sich in russischer Gefangenschaft befindet, mit dem Anne Frank Special Recognition Award 2023 aus. Butkevych erhält die Auszeichnung »für seine Arbeit zum Schutz der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus«.
20.10.2023	Das britische Verteidigungsministerium schätzt, dass der ukrainische ATACMS-Angriff auf den Flugplatz im besetzten Berdjansk Russlands militärische Fähigkeiten in der Region verringern dürfte. Durch den Angriff am 17. Oktober verlor die russische Armee vermutlich neun Kampfhubschrauber.
20.10.2023	Die ukrainische Botschaft sagt, dass weitere 79 Ukrainer:innen aus Israel evakuiert worden seien. Dies sei der vierte Evakuierungsflug, den die ukrainische Botschaft in Israel seit dem Ausbruch der Kämpfe in Israel und im Gazastreifen am 7. Oktober organisiert hat, womit sich die Gesamtzahl der geretteten Ukrainer:innen auf über 500 erhöhe.
21.10.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal sagt, dass die Ukraine in diesem Jahr über 27 Milliarden US-Dollar für die Verteidigung ausgegeben habe.
21.10.2023	Der ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umerow dankt während eines Telefonats mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin der US-Führung für die Lieferung der taktischen Langstreckenraketen ATACMS an die Ukraine.
21.10.2023	Die Organisationen Orphans Feeding Foundation, Herojam Slawa und Smile USA konnten nach eigenen Angaben drei weitere ukrainische Kinder aus russischer Gefangenschaft befreien.
22.10.2023	Das britische Verteidigungsministerium teilt mit, dass ukrainische Spezialist:innen aus den Bereichen Energie, Wasser, Verkehr und Wissenschaft ein Trainingsprogramm mit den Royal Engineers der britischen Armee absolvieren werden, um kritische Infrastrukturen in diesem Winter vor russischen Angriffen zu schützen.
23.10.2023	Die Washington Post berichtet unter Berufung auf anonyme Quellen, dass der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) für Dutzende Attentate auf russische Ziele seit Februar 2022 verantwortlich sein soll. Dazu zählen unter anderem die Ermordung hochrangiger russischer Militärs und Kriegsbefürworter. Der SBU kommentiert den Artikel der Washington Post nicht.

23.10.2023	Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte meldet, dass die russischen Streitkräfte in vielen Sektoren der Ostfront schwere Angriffe durchführen, unter anderem in den Richtungen Awdijiwka, Kupjansk, Lyman, Bachmut und Marinka.
23.10.2023	Das größte private ukrainische Energieunternehmen DTEK teilt mit, dass russische Streitkräfte am Abend des 22. Oktober ein Wärmekraftwerk von DTEK angegriffen haben, wodurch erhebliche Schäden verursacht wurden.
23.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt in den sozialen Medien mit, dass er mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman telefoniert habe und einen Vertreter Saudi-Arabiens zu den bevorstehenden Gesprächen über die Friedensformel in Malta eingeladen habe.
23.10.2023	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba spricht sich dafür aus, dass Ukrainer:innen legal mehrere Staatsbürgerschaften besitzen sollen dürfen, mit Ausnahme der Staatsbürgerschaft Russlands oder anderer sogenannter unfreundlicher Länder. Aktuell ist die doppelte Staatsbürgerschaft in der Ukraine untersagt.
24.10.2023	Die ukrainische Ministerin für Wiedereingliederung, Iryna Wereschtschuk sagt, dass sich noch rund 1.000 Zivilist:innen in Awdijiwka befänden. Sie rief die Menschen auf, die von drei Seiten belagerte Stadt zu ihrer eigenen Sicherheit zu verlassen.
24.10.2023	Der Minister für Agrarpolitik Mykola Solskyj teilt mit, dass über den einseitig deklarierten temporären Korridor der Ukraine durch das Schwarze Meer fast 700.000 Tonnen Getreide transportiert worden seien.
24.10.2023	Die Financial Times (FT) teilt mit, dass die Ukraine von den USA gelieferte AIM-9-Luft-Luft-Raketen für die Luftverteidigung umrüstete, um sie in Boden-Luft-Raketen umzuwandeln.
25.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj warnt Russland, dass die Ukraine sich in diesem Winter nicht nur selbst vor Angriffen auf kritische Infrastrukturen verteidigen werden, sondern auch auf solche »Terroranschläge« reagieren werde.
25.10.2023	Der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, zeigt sich besorgt über die Sicherheit der Nuklearanlagen in der Ukraine, nachdem am 25. Oktober ein Angriff auf das Gebiet Chmelnyzkyj erfolgte, bei dem Gebäude in der Nähe eines Kernkraftwerks beschädigt wurden.
25.10.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal und der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier diskutieren bei einem gemeinsamen Treffen über die Stärkung der ukrainischen Luftverteidigung und die gemeinsame Entwicklung der ukrainischen Rüstungsindustrie.
25.10.2023	Die ukrainische Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko sagt, dass das ukrainische BIP seit September letzten Jahres um 9 Prozent gewachsen sei. Die sei ein Beweis für die hohe Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an neue Herausforderungen sowie die Unterstützung durch den Staat und internationale Partner, so die Wirtschaftsministerin.
26.10.2023	Der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates der USA, John Kirby, sagt, dass Russland schwere Verluste bei Awdijiwka erlitten habe und die Truppen unter niedriger Moral litten. Kirby zufolge soll das russische Militär eigene Soldaten exekutiert haben, die sich weigerten, Befehle zu befolgen.
26.10.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet ein Gesetz zur verstärkten finanziellen Überwachung von Politikern, was einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg des Landes zur EU-Mitgliedschaft darstellt.
26.10.2023	Laut einer aktuellen Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vertrauen 73 Prozent der Befragten Präsident Wolodymyr Selenskyj, 54 Prozent der Regierung und 49 Prozent bzw. 51 Prozent den regionalen und lokalen Behörden.
26.10.2023	Laut dem Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleh Nikolenko, ist die Zahl der durch den Angriff der Hamas auf Israel getöteten Ukrainer:innen auf 22 gestiegen.
27.10.2023	Der pro-russische Politiker und Unternehmer Oleh Zarjow wird bei einem Attentat in seinem Wohnort auf der Krim durch zwei Schüsse schwer verletzt. Zarjow wurde kurz vor Beginn der großangelegten russischen Invasion als möglicher Marionettenchef gehandelt, den Russland anstelle von Selenskyj installieren wollte. Reuters berichtet, dass der ukrainische Geheimdienst (SBU) womöglich in den Anschlag verwickelt ist.
27.10.2023	Das Ministerium für Infrastruktur berichtet, dass inzwischen 37 Schiffe mehr als eine Million Tonnen Fracht über den temporären Getreidekorridor im Schwarzen Meer exportiert haben sollen.
27.10.2023	Der Gouverneur der Oblast Charkiw, Oleh Synjehubow, berichtet, dass man eine eigene Entminungsmaschine entwickelt habe, die deutlich günstiger sei als die ausländische Konkurrenz, aber nicht weniger effektiv. Die Maschine kann Berichten zufolge 95 Prozent der Minen entschärfen.

27.10.2023	Das britische Verteidigungsministerium schätzt, dass Russland seine Luftangriffe mit Marschflugkörpern auf die Ukraine pausiere, um ein größeres Arsenal aufzubauen. Die russische Luftwaffe habe seit über einem Monat keine Luftangriffe mit Marschflugkörpern mehr durchgeführt, was eine der längsten Pausen seit Beginn der Invasion darstellt.
------------	--

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Maximilian Hartl
Chronik: Lars Fernkorn
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>